

Zusammenstellung wichtiger Ereignisse in den Bereichen

Verkehr, Energie, Umwelt, Finanzen

2008

(Stand: 08.12.2010)

- 30.12. 183 der 190 gefährlichsten Bahnübergänge entschärft** – Von den 190 als sehr gefährlich eingestuften Schweizer Bahnübergängen sind bis Ende 2008 183 saniert oder aufgehoben worden. Nun wird die für die Sanierung gefährlicher Bahnübergänge eingesetzte Taskforce des Bundes ihr Augenmerk auf die verbleibenden 3'155 unbewachten Bahnübergänge legen. Diese müssen bis spätestens 2014 saniert oder aufgehoben sein. (SDA-Meldung 30.12.08)
- 29.12. Alle dringlichen öV-Projekte des Infrastrukturfonds in Bau oder Betrieb** – Gemäss dem Bundesamt für Verkehr (BAV) ist für alle 16 dringlichen Projekte des öffentlichen Verkehrs (öV), die der Bund via den Infrastrukturfonds mitfinanziert, rechtzeitig die Baubewilligung erteilt worden. Drei der Vorhaben befinden sich bereits in Betrieb, die restlichen 13 in Bau. Von den total 23 dringlichen Projekten sind 16 öffentliche Verkehrsinfrastrukturprojekte, deren gesamtes Investitionsvolumen sich auf über 5,5 Milliarden Franken beläuft. Davon werden 2,1 Milliarden Franken vom Bund übernommen. (BAV-Medienmitteilung 29.12.08)
- 19.12. Bundesrat präsentiert Verkehrsinfrastruktur-Ausbauprogramme** – Nach dem Willen des Bundesrats soll die Verkehrsinfrastruktur in den kommenden 20 bis 30 Jahren weiter ausgebaut werden. Zur Entschärfung der dringendsten Probleme im Nationalstrassennetz beabsichtigt die Landesregierung, 5,5 Milliarden Franken zu investieren. Diese sollen dem Infrastrukturfonds entnommen werden, der für diesen Zweck und für den Agglomerationsverkehr geschaffen wurde. Daneben braucht es laut Bundesrat aber auch einzelne Neubauten. Diese lassen sich nicht aus dem Infrastrukturfonds finanzieren; die Mittel dafür müssen vielmehr im Rahmen der Spezialfinanzierung Strassenverkehr aufgebracht werden, die aus der Mineralölsteuer und der Autobahnvignette gespeist wird. Da der Mineralölsteuerzuschlag seit 1974 nicht mehr der Teuerung angepasst wurde, erwägt der Bundesrat nun eine Erhöhung. Diese betrüge für Neubauten drei bis vier Rappen pro Liter Benzin; nochmals so viel käme hinzu, wenn die Kantone Mehrkosten des Bundes bei der geplanten Aufklassierung von Kantons-

zu Nationalstrassen nicht voll kompensierten. Ferner schlägt die Landesregierung ein zweites Programm für den Agglomerationsverkehr vor. In den Jahren 2011 bis 2014 sollen 26 Agglomerationsprogramme mit insgesamt 1,5 Milliarden Franken unterstützt werden. In den darauf folgenden Jahren sollen weitere rund zwei Milliarden Franken zur Verfügung gestellt werden. Während der Bundesrat die beiden Vorlagen zur Engpassbeseitigung auf den Nationalstrassen und zur Lösung der Verkehrsprobleme in den Agglomerationen in die Vernehmlassung geschickt hat, führte er zur zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (Bahn 2030) eine erste Aussprache. Diesbezüglich rechnet er je nach Umfang des Ausbaus mit Investitionen von 12 bis 21 Milliarden Franken. Dabei soll unter anderem die Mineralölsteuer in Zukunft nicht mehr „nur“ zur Mitfinanzierung der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (Neat), sondern für die Gesamtheit der Eisenbahngrossprojekte herangezogen werden.

In einer Medienverlautbarung hat es strasseschweiz als einen Affront bezeichnet, dass die Mineralölsteuer neu helfen soll, alle Projekte von Bahn 2030 mit zu finanzieren, während für die Engpassbeseitigung auf dem Nationalstrassennetz zusätzlich lediglich 5,5 Milliarden Franken zur Verfügung stünden. Damit könnten die absehbaren Engpässe nicht eliminiert und die künftigen Verkehrsprobleme auf dem Hochleistungsstrassennetz nicht entschärft werden.

(NZZ 20./21.12.08; „Bund“ 20.12.08; BaZ 20.12.08; UVEK-Medienmitteilungen 19.12.08; Medienmitteilung strasseschweiz 19.12.08)

19.12. Bundesrat lehnt Offroader-Initiative ab – Der Bundesrat lehnt die Eidgenössische Volksinitiative „für menschenfreundlichere Fahrzeuge“ (so genannte Offroader-Initiative ab). Grund dafür sind die daraus resultierenden Nachteile sowie die Tatsache, dass die meisten Ziele hinsichtlich Schadstoffreduktion und Sicherheit auch ohne das Volksbegehren erreicht werden können.

(NZZ 20./21.12.08; ASTRA-Medienmitteilung 19.12.08)

19.12. Schlussabstimmungen der eidgenössischen Räte – Die Güterverkehrsvorlage samt Alpentransitbörse (ATB) haben der Nationalrat mit 127 zu 65 Stimmen bei zwei Enthaltungen und der Ständerat mit 43 zu null Stimmen angenommen. Als Teil der Güterverkehrsvorlage wurden zudem das Bundesgesetz über Änderungen des Transportrechts mit 142 zu 48 Stimmen bei vier Enthaltungen (Nationalrat) und 43 zu null Stimmen (Ständerat) sowie das Gütertransportgesetz mit 156 zu 31 Stimmen bei sieben Enthaltungen (Nationalrat) und 43 zu null Stimmen (Ständerat) gutgeheissen.

(NZZ 20./21.12.08; BBl 2009 S. 219-236; AS 2009 S. 5949-5952)

17.12. Bahnausbau: Nationalrat bewilligt 5,4 Milliarden Franken – Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat einen Kredit von 5,4 Milliarden Franken gutgeheissen, um das Schweizer Bahnnetz weiter ausbauen zu können. Vorerst sind zahlreiche bauliche und betriebliche Verbesserungen geplant. Damit soll unter anderem die Fahrzeit auf der Ost-West-Achse von St. Gallen nach Lausanne um eine halbe Stunde verkürzt werden. Bis 2010 muss der Bundesrat eine neue Vorlage präsentieren, in deren Rahmen grössere, noch nicht finanzierte Vorhaben wie etwa der dritte Juradurchstich, ein zweiter Zimmerberg-Basistunnel sowie das dritte Gleis Lausanne–Genf zu prüfen sind. Die Kosten all dieser Vorhaben werden auf über zehn Milliarden Franken geschätzt.

(NZZ 18.12.08; BaZ 18.12.08)

17.12. EU-Klimaschutz-Paket unter Dach und Fach – Die Weichen für die Klimapolitik der Europäischen Union (EU) sind gestellt: Das Europäische Parlament hat mit überwältigenden Mehrheiten ein aus sechs Gesetzgebungsvorlagen bestehendes Klima- und Energiepaket gebilligt. Ziel der EU-Klimapolitik ist es, bis 2020 den Ausstoss an Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 um 20 Prozent zu reduzieren (um 30 Prozent im Fall eines ausreichenden internationalen Abkommens), den Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch auf 20 Prozent zu erhöhen sowie die Energieeffizienz um 20 Prozent zu steigern. Zum Paket gehört unter anderem auch eine Verordnung über die Begrenzung der CO₂-Emissionen von Autos. Diese wird zu einer deutlichen Reduktion des Verbrauchs und CO₂-Ausstosses führen. Bis spätestens 2015 muss der heutige durchschnittliche Ausstoss eines Neuwagens von 160 Gramm CO₂ pro Kilometer auf 120 Gramm sinken. Hieb- und stichfest überprüfbar wird dannzumal allerdings nur eine Vorgabe von 137 Gramm im Durchschnitt sein, was einem Benzinverbrauch von 5,8 Liter pro hundert Kilometer entspricht. Gemäss Bundesamt für Energie (BFE) strebt die Schweiz zwar langfristig dieselben Werte an wie die EU, ob dies aber bereits für das Jahr 2015 gelten soll, werde noch geprüft. Derzeit stünden zwei Modelle und allfällige Mischvarianten zur Diskussion. Zum einen: Importeure, deren Autos über dem vorgegebenen CO₂-Ausstoss liegen, müssten Zertifikate zukaufen; jene, deren Fahrzeuge sich darunter befinden, könnten Zertifikate verkaufen. Zum anderen: Autoimporteure büssen, wenn die CO₂-Emissionen über dem vorgegebenen Wert liegen.

(NZZ 18.12.08; BZ 18.12.08)

15.12. Nationalrat folgt bei ZEB weitestgehend dem Ständerat – Betreffend die Vorlage über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) ist der Nationalrat ausser bei einem Punkt dem Ständerat gefolgt: Mit 93 zu 88 Stimmen will die Grosse Kammer namentlich den Kredit für den Lärmschutz der Bahnen nicht von rund 1,85 auf gut 1,3 Milliarden Franken kürzen. Diese Differenz geht zurück an den Ständerat. Zum Preisstand 2007 kosten die Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (Neat) insgesamt über 22 Milliarden Franken. Alle Eisenbahngrossprojekte zusammen dürften auf 37,5 Milliarden Franken zu stehen kommen.

(NZZ 16.12.08; BaZ 16.12.08)

14.12. Ausländer rasen am häufigsten – Ausländer machen 21 Prozent der Schweizer Bevölkerung aus; 53 Prozent beträgt allerdings der Anteil von Ausländern an Personen, die im vergangenen Jahr wegen einer groben Verkehrsregelverletzung verurteilt worden sind. Dabei handelt es sich in aller Regel um hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen. Beim Fahren in angetrunkenem Zustand hingegen ist die Mehrheit der Verurteilten Schweizer. Fachleute führen den hohen Ausländeranteil bei Geschwindigkeitsdelikten einerseits auf den Migrationshintergrund der Delinquenten zurück; andererseits weisen Experten auf andere Verkehrsgesetze im Ausland hin: Auf italienischen Autobahnen z.B. ist eine Höchstgeschwindigkeit von bis zu 150 Kilometern pro Stunde erlaubt, in Deutschland gibt es auf zahlreichen Autobahnabschnitten überhaupt keine Tempobeschränkung.

(NZZ am Sonntag 14.12.08; News 15.12.08)

12.12. EU-Staaten einigen sich auf Klimapakete – Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) haben sich darauf geeinigt, wie sie die 2007 formulierten Klimaschutzziele bis 2020 konkret umsetzen wollen. Zu diesen Zielen gehört die Reduktion

der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent bis 2020, gemessen am Stand von 1990. Ein Teil dieser Verpflichtungen kann allerdings durch Projekte in Entwicklungsländern abgegolten werden. Ferner soll die Industrie einen grossen Teil der Emissionszertifikate kostenlos erhalten, statt diese ersteigern zu müssen. Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs bekräftigte an seinem Gipfeltreffen zudem den Willen zu einer Reduktion um gar 30 Prozent, falls ein umfassendes internationales Klimaabkommen zustande kommt. Die gefundene Einigung beim Klimapaket ist jedoch – gemessen an den Ambitionen der EU – nicht über alle Zweifel erhaben. Bei der Umsetzung wird es – nicht zuletzt aus ökonomischen Erwägungen – derart viele Ausnahmeregelungen für Branchen und Länder geben, dass wohl nur noch Experten den Durchblick haben und einzuschätzen in der Lage sein werden, inwieweit die EU ihre Klimaziele tatsächlich erreicht.

(NZZ 13./14.12.08)

12.12. Versuchsweises Lastwagenüberholverbot auf der A1 – Auf einem drei Kilometer langen Abschnitt der Autobahn A1 zwischen Yverdon und Lausanne dürfen Lastwagen nicht mehr überholen. So genannte Elefantenrennen sind versuchsweise künftig bis Ende 2009 von 06.30 Uhr bis 08.30 Uhr verboten. Das probeweise Verbot soll auf der ansteigenden und von vielen Lastwagen befahrenen Strecke für bessere Sicherheit und für flüssigeren Verkehr sorgen.

(NZZ 13./14.12.08)

12.12. Bundesrat ergänzt Sachplan Verkehr: Grundsätze zur Hartgesteinsversorgung – Pro Jahr werden für Strassen- und Schieneninfrastrukturen 1,4 Millionen Tonnen hochwertiges Hartgestein benötigt. Damit Verkehrswege auch künftig unterhalten und gleichzeitig Landschaften von nationaler Bedeutung mittel- bis längerfristig von Hartsteinbrüchen frei gehalten werden können, hat der Bundesrat die Versorgungsgrundsätze für Hartgestein in den Sachplan Verkehr aufgenommen.

(ARE-Medienmitteilung 12.12.08; BBl 2009 S. 602)

05.12. Bundesrat schickt künftige Klimapolitik in die Vernehmlassung – Der Bundesrat hat zwei Varianten vorgelegt, wie er in der Klimapolitik nach dem Jahr 2012 weiterfahren will. In der Vernehmlassung zur Revision des CO₂-Gesetzes schlägt er zum einen vor, sich an den Klimazielen der Europäischen Union zu orientieren und die Treibhausgase bis 2020 um 20 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Dabei soll der Schwerpunkt der Massnahmen im Inland gelegt werden. Unter anderem würde neu eine Lenkungsabgabe auf Treibstoffen erhoben. Gerechnet wird mit 15 Rappen pro Liter Benzin; das gesetzliche Maximum soll weiterhin bei 30 Rappen liegen. Der bestehende freiwillige Klimarappen auf Benzin und Diesel würde entfallen. Als zweite Variante postuliert der Bundesrat eine Klimapolitik, welche die „Klimaneutralität“ der Schweiz bis 2050 zum Ziel hat und eine Reduktion von minus 50 Prozent bis 2020 anstrebt. Diesbezüglich erfolgt der grosse Teil der Emissionsreduktion via den Erwerb von Emissionsgutschriften im Ausland. Auch bei dieser Variante gibt es eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen in der Höhe von neun Rappen pro Liter. Es handelt sich dabei allerdings um keine Lenkungsabgabe, sondern um eine Art Pfand: Der Ertrag wird den Importeuren zurück erstattet, sobald sie die nötigen Menge an Zertifikaten gekauft haben. Der Bundesrat kann sich aber auch vorstellen, Massnahmen von beiden Varianten miteinander zu kombinieren.

In einer Medienverlautbarung hat sich strasseschweiz gegen eine Ausdehnung der

CO₂-Abgabe auf Treibstoffe ausgesprochen und den freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft, insbesondere dem Klimarappen, das Wort geredet. Der Verband des Strassenverkehrs favorisiert prima vista die Variante zwei.

(NZZ 06./07.12.08; Medienmitteilungen UVEK und strasseschweiz 05.12.08)

- 05.12. Dritte Städte-Initiative eingereicht – Die Umweltorganisation Umverkehr hat in Winterthur ihre dritte Städte-Initiative eingereicht. Bereits deponiert wurde eine solche Initiative in den Städten Zürich und Luzern. Basel und St. Gallen sollen folgen, später auch Gebiete in der Romandie. Mit den Volksbegehren soll der Anteil des öffentlichen Verkehrs und des nicht motorisierten Individualverkehrs in den Städten um zehn Prozent erhöht werden – dies auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs. Denn ein weiterer Ausbau von Hauptverkehrs- und Hochleistungsstrassen soll unterbunden werden. Der Bundesrat hat die Stossrichtung der Initiativen zwar bereits als richtig bezeichnet; allerdings sei die starre Regelung von zehn Prozent falsch. (Auto-Information 05.12.08)**
- 04.12. „Saubere“ Autos im Kanton Obwalden steuerbegünstigt – Der Kanton Obwalden befreit emissionsarme Autos während drei Jahren von der Motorfahrzeugsteuer; höher belastet werden im Gegenzug stark motorisierte Autos. (NZZ 05.12.08)**
- 03.12. Ständerat heisst Motion betreffend Trassenpreise gut – Oppositionslos hat der Ständerat eine Motion von Rolf Büttiker (fdp, Solothurn) zur Neugestaltung der Trassenpreise auf dem Schweizer Schienennetz gutgeheissen. (NZZ 04.12.08)**
- 03.12. Bundesrat erhält Verhandlungsauftrag für Alpentransitbörse – Der Ständerat hat alle Differenzen in der Güterverkehrsvorlage ausgeräumt. Der Bundesrat kann nun mit der Europäischen Union (EU) über eine Alpentransitbörse (ATB) verhandeln; das letzte Wort behält allerdings das Parlament. Insbesondere die vom Transitverkehr betroffenen Alpenkantone befürworteten mehrheitlich diese Kompetenzdelegation an den Bundesrat. Die jetzt bereinigte Vorlage führt die Subventionierung des Bahnverlads weiter und ergänzt diese sogar mit Krediten für nicht alpenquerende Transporte. Der unbegleitete kombinierte Verkehr (UKV) und die Rollende Landstrasse (Rola) durch die Alpen werden von 2011-2018 mit 1,6 Milliarden Franken unterstützt. Für den nicht alpenquerenden Kombi- und Wagenladungsverkehr werden zusätzlich 200 Millionen Franken, für den Güterverkehr auf dem Schmalspurnetz der Rhätischen Bahn (RhB) 30 Millionen Franken zur Verfügung gestellt. (NZZ 04.12.08; BBl 2009 S. 8287-8291)**
- 01.12. Die Organisation „Roadcross“ will eine Volksinitiative gegen Raser lancieren – Im nächsten Frühjahr will die Strassenopferstiftung „Roadcross“ eine Eidgenössische Volksinitiative lancieren, die eine härtere Gangart mit Rasern fordert. An diesem Volksbegehren arbeitet auch der Zürcher Strafrechtsprofessor und SP-Nationalrat Daniel Jositsch mit. Gemäss Jositsch soll der Initiativtext Mindeststrafen bei schweren Vorfällen verlangen. Vorgesehen seien mindestens zwei Jahre Gefängnis für Tötungsdelikte und ein Jahr für Körperverletzung. Die konsequente Ausschöpfung der bestehenden Strafnormen sei weiteres Ziel der „Raserinitiative“. Laut Jeremy Stephenson, Präsident des Basler Strafgerichts, liegt das aktuelle Problem bei der Bestrafung von**

Rasern nicht bei den gesetzlichen Bestimmungen; diese seien vorhanden. Vielmehr werde zu häufig eine zu milde Linie gefahren. Schuld daran sei das Bundesgericht, das strenge Urteile der Vorinstanzen vielfach abschwäche.
(BaZ 02.12.08)

- 01.12. Uno eröffnet in Poznan die 14. Klimakonferenz – Die Vereinten Nationen (Uno) haben in der polnischen Stadt Poznan (Posen) die 14. Vertragsparteienkonferenz der Klimakonvention (COP-14) eröffnet. Im Vordergrund steht vor allem die Vereinbarung einer neuen Bemessungsperiode und eines neuen Reduktionsziels für die beteiligten Industriestaaten. In Posen werden in den kommenden Tagen mehr als 10'000 Teilnehmende aus rund 190 Staaten die Eckpunkte eines Nachfolgeabkommens für das 2012 auslaufende Klimaschutzprotokoll von Kyoto konkretisieren.
(NZZ 02.12.08; BaZ 02.12.08)
- 30.11. Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts abgelehnt – Mit fast zwei Drittel Nein-Stimmen ist die Eidgenössische Volksinitiative „Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – mehr Wachstum für die Schweiz!“ von Volk und allen Ständen deutlich verworfen worden. Den Initianten ist es dabei nicht einmal gelungen die eigene Klientel vollständig auf ihre Seite zu ziehen. Die Umweltverbände hingegen haben den Abstimmungskampf geschickt genutzt und mit einer finanziell sehr gut alimentierten Kampagne ihre Arbeit weit über die eigenen Mitglieder hinaus präsentiert. Sie gehen gestärkt aus dieser Abstimmung hervor. Der Druck, am Verbandsbeschwerderecht (VBR) über jene Einschränkungen, die im vergangenen Jahr in Kraft getreten sind, hinaus noch etwas zu ändern, sinkt mit dieser klaren Entscheid.
(NZZ 01.12.08; BBl 2009 S. 605-611)
- 27.11. Kanton Baselland kürzt Rabatt für Öko-Autos – Das Parlament des Kantons Basellandschaft hat beschlossen, dass ab 2009 umweltfreundliche Fahrzeuge nicht mehr zu hundert, sondern nur noch zu 50 Prozent steuerbefreit sein werden. Zudem sollen nur noch die saubersten Fahrzeuge unterstützt werden. Damit folgte der Baselbieter Landrat dem Antrag der Regierung. Diese hatte unter anderem damit argumentiert, dass auch Öko-Autos die Strassen benützen und die Halter dieser Fahrzeuge daher zur Finanzierung der Infrastruktur ihren Teil beitragen sollten. Während die Grünen dies als falsches Signal erachteten, da das Baselbiet nun als jener Kanton dastehe, der sich gegen die Förderung von Öko-Autos ausspreche, war die SP der Meinung, dass eigentlich jene einen Rabatt verdient hätten, die aufs Auto verzichteten.
(BaZ 28.11.08)
- 20.11. Definitive Strassenrechnung 2006 – Gemäss den definitiven Resultaten für das Jahr 2006 der vom Bundesamt für Statistik (BFS) publizierten Strassenrechnung der Schweiz erreicht der Kostendeckungsgrad des privaten Motorfahrzeugverkehrs 118 Prozent und dessen Eigenwirtschaftlichkeitsgrad 115 Prozent. Für den Personenverkehr liegen diese Grade etwas tiefer – nämlich bei 112 bzw. 108 Prozent; derweil schneidet der Schwerverkehr mit 155 bzw. 156 Prozent sehr gut ab. Im Gegensatz zur Transportrechnung (Trakos) werden in der Strassenrechnung die externen Kosten, die Unfallkosten und die Aufwendungen für die Fahrzeuge (Anschaffung, Betrieb und Unterhalt) nicht berücksichtigt. Nach neueren, vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) veranlassten Studien verursacht der Strassenverkehr jährlich ungefähr acht

Milliarden Franken an externen Kosten.

(BFS-Medienmitteilung 20.11.08; Info strasseschweiz 09.01.09; Handelszeitung 25.02.09)

- 05.11. Bundesrat schickt Handlungsprogramm „Via sicura“ in Vernehmlassung – Mit dem Handlungsprogramm „Via sicura“, das 60 Massnahmen zu mehr Sicherheit auf der Strasse umfasst, will der Bundesrat die Zahl der Verkehrstoten fast halbieren und jene der Schwerverletzten massiv reduzieren. Im Zentrum von „Via sicura“ stehen Vorschläge zur wirksameren Umsetzung bestehender Regelungen. Geplant ist unter anderem die Einführung eines Alkoholverbots für Neulenker sowie Mindestanforderungen an die charakterliche Eignung für den Strassenverkehr. Ferner ist der Einzug von „Raserfahrzeugen“ vorgesehen. Zur Finanzierung des rund 300 Millionen Franken teuren Massnahmenpakets schlägt der Bundesrat eine Erhöhung des Zuschlags auf die Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Zweckbindung der Hälfte der Einnahmen aus Bussen vor. Die Vernehmlassung zu „Via sicura“ dauert bis 15. März 2009. (NZZ 06.11.08; BaZ 06.11.08; ASTRA-Medienmitteilung 05.11.08)**
- 29.10. Bundesrat verabschiedet Botschaft zu neuer Umweltschutz-Initiative – Der Bundesrat hat die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „gegen masslosen Bau umwelt- und landschaftsbelastender Anlagen“, die von Helvetia Nostra lanciert wurde, zuhanden des nationalen Parlaments verabschiedet. (BBl 2008 S. 8773-8786)**
- 28.10. Arbeiten an Umweltetikette für Autos laufen planmässig – Aus der heutigen Energieetikette für neue Personenwagen (PW) soll bis 2010 eine Umweltetikette werden, die nebst der Einteilung der PW in Effizienzkatégorien eine Differenzierung nach ökologischen und insbesondere auch lufthygienischen Kriterien ermöglichen soll. Mit anderen Worten: Es ist vorgesehen in der künftigen Umweltetikette die Inhalte der bestehenden Energieetikette fast unverändert zu übernehmen und mit zusätzlichen Informationen zur Umweltbelastung des Fahrzeugs zu ergänzen. Auf der Umweltetikette wären somit zwei voneinander unabhängige Bewertungen aufgeführt. Die Energieeffizienz soll anhand der bisherigen sieben Kategorien A bis G beurteilt werden. Neu würden jedoch in jede Kategorie gleich viele Fahrzeugmodelle eingeteilt und der Energieteil durch einen Umwelteil in Form von Umweltbelastungspunkten (UBP) sozusagen angereichert. Diese UBP sollen auf der Umweltetikette sowohl als Zahl wie auch graphisch dargestellt werden – ähnlich wie dies heute auf der Energieetikette für die CO₂-Emissionen der Fall ist. Die UBP stammen aus den vom Bundesamt für Umwelt (Bafu) erarbeiteten Kriterien für energieeffiziente und emissionsarme Fahrzeuge (KeeF). Die rechtliche Grundlage zur Einführung der Umweltetikette soll in einer Bundesratsverordnung geregelt werden. Diesbezüglich ist im ersten Halbjahr 2009 eine öffentliche Anhörung vorgesehen. Die Umweltetikette soll dazu führen, dass sich der PW-Park der Schweiz in Zukunft moderner sowie ressourceneffizienter präsentiert und somit die Umwelt weniger belastet. (BAFU/BFE-Medienmitteilung 28.10.09)**
- 24.10. Klimaziele sollten knapp erreicht werden – Gemäss dem Bundesamt für Umwelt (Bafu) wird die Schweiz die Klimaziele des Kyoto-Protokolls sowie des CO₂-Gesetzes erfüllen können. Die internationale Vereinbarung lautet: Die Schweiz drückt ihre Treibhausgase zwischen 2008 und 2012 um acht Prozent unter das Niveau von 1990 – konkret von 52,8 auf 48,6 Millionen Tonnen. Das Bafu geht nun davon aus, dass die**

Eidgenossenschaft die betreffenden Treibhausgase (Kohlendioxid [CO₂], Methan, Lachgas, synthetische Gase) bis 2012 auf 48,4 Millionen Tonnen reduzieren kann und damit über eine Reserve zum Kyoto-Ziel von 0,2 Millionen Tonnen verfügen würde. Im CO₂-Gesetz hat sich die Schweiz vorgenommen, die gesamten energetischen CO₂-Emissionen zwischen 2008 und 2012 um zehn Prozent zu verringern. Wie sich bereits seit längerem abzeichnet, kann dieses selbst gesteckte Ziel nur dann erreicht werden, wenn die Stiftung Klimarappen zusätzliche Leistungen erbringt. Ferner sollen in den kommenden Jahren nebst der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen ein Bonus-Malus-System für Personenwagen, die Förderung von Erdgas- und biogenen Treibstoffen sowie verschiedene Massnahmen, die der Bundesrat in Aktionsplänen erlässt, den CO₂-Ausstoss vermindern helfen.

(NZZ 25./26.10.08; BAFU-Medienmitteilung 24.10.08)

- 22.10. Separater Fähigkeitsausweis für Lastwagen- und Bus-Chauffeure – Der neue Fähigkeitsausweis für Lastwagen- und Bus-Chauffeure wird nicht auf dem bestehenden Führerausweis eingetragen, sondern vorerst auf einer separaten Karte vermerkt. Dies hat der Bundesrat mittels einer punktuellen Anpassung der entsprechenden Verordnung beschlossen. Eigentlich war vorgesehen gewesen, den jeweiligen Fähigkeitsausweis durch einen Eintrag in den Führerausweis zu visualisieren. Wie sich allerdings herausstellte, war dies aus Platzgründen nicht immer möglich. Wer den Führerausweis der Kategorien C (Lastwagen) und D (Busse) besitzt, hat noch bis 2014 bzw. 2013 Zeit, um sich den neuen Fähigkeitsausweis prüfungsfrei zustellen zu lassen. (ASTRA-Medienmitteilung 22.10.08; AS S. 5567-5576)

- 16.10. Strengere Vorschrift für Motorräder und Scooter bestätigt – Auf Anfang 2008 hatte das Bundesamt für Strassen (Astra) Motorräder und Scooter mit einem Hubraum von 50 Kubikzentimetern (cm³) den Abgasvorschriften der Euro-3-Norm unterstellt. In der Europäischen Union (EU) gilt für die gleichen Fahrzeuge vorerst noch die weniger strenge Euro-2-Norm. Allerdings sind diese entsprechenden Zweiräder im EU-Raum auf 45 Stundenkilometer gedrosselt. In der Schweiz unterliegen sie keiner Höchstgeschwindigkeit, weshalb sie eben strengeren Abgasvorschriften genügen müssen. Der Branchenverband motosuisse gelangte wegen dieser Ungleichbehandlung vors Bundesverwaltungsgericht, das nun die Beschwerde aber abgewiesen hat. motosuisse hatte unter anderem argumentiert, dass die Hersteller nicht bereit seien, extra für den Schweizer Markt Motorräder und Scooter mit 50 cm³ zu entwickeln, die mit der Euro-3-Norm kompatibel seien. Diese Norm sei hierzulande deshalb zumindest solange nicht anzuwenden, bis sie auch in der EU Gültigkeit habe. Zwar räumt das Bundesverwaltungsgericht ein, dass die Anwendung der Euro-3-Norm die Branche empfindlich treffe, die Anliegen des Umweltschutzes seien jedoch höher zu gewichten. („Bund“ 17.10.08)

- 13.10. Stopp-Offroader-Initiative: Übergangsbestimmungen – Das Komitee, das sich für die Stopp-Offroader-Initiative einsetzt, fordert als allfällige Übergangsbestimmung eine Tempo-100-Beschränkung für „ineffiziente und/oder gefährliche sowie unnötige Personenwagen“. So sollen im Fall einer Annahme des Volksbegehrens Käufe vor dem Inkrafttreten oder Zulassungen im Ausland verhindert werden. (NZZ 14.10.08)

- 13.10. Gebremste Wirkung von EnergieSchweiz** – Gemäss dem siebten Jahresbericht von EnergieSchweiz, dem Energiesparprogramm des Bundes, lagen die zusätzlichen Einsparungen im Jahr 2007 bei rund 3,5 Petajoule, was 0,4 Prozent des Schweizerischen Endenergieverbrauchs darstellt. Die Wirkungszunahme des Programms ist damit 16 Prozent tiefer ausgefallen als im Jahr 2006, was laut Bundesamt für Energie (BFE) insbesondere auf die knapper zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zurückzuführen sei. Das Aktionsprogramm EnergieSchweiz laufe noch bis Ende 2010. Derzeit werde ein Konzept für ein Programm „EnergieSchweiz nach 2010“ erarbeitet. Dieses soll im Frühjahr 2009 vorliegen und die Grundlage des Bundesrats zur Weiterführung und Neuausrichtung des Programms bilden.
(NZZ 14.10.08; BFE-Medienmitteilung 13.10.08)
- 08.10. Erste Städte-Initiative zur öV-Förderung in Zürich eingereicht** – Mitglieder der Organisation Umverkehr haben dem Zürcher Stadtrat eine Initiative zur gezielten Förderung des öffentlichen Fuss- und Veloverkehrs mit rund 7'300 Unterschriften übergeben. Dass mehr als doppelt so viele Personen wie die erforderlichen 3'000 unterschrieben hätten, ist laut Umverkehr ein Zeichen dafür, dass die Bevölkerung von Lärm, Gestank und Staus genug habe. In den nächsten Wochen und Monaten soll die so genannte Städte-Initiative auch in den Metropolen Basel, Luzern, St. Gallen und Winterthur eingereicht werden.
(NZZ 09.10.08)
- 02.10. Nationalrat weist Astag-Begehren zurück** – Die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) kann nächstes Jahr auch für Lastwagen der Euro-3-Norm wie geplant erhöht und neue Fahrzeuge müssen nicht mindestens zehn Jahre lang in der billigsten LSVA-Kategorie belassen werden. Dies, weil der Nationalrat eine Motion des Präsidenten des Schweizerischen Nutzfahrzeugverbands (Astag) und Nationalrats Adrian Amstutz (svp, Bern) mit 97 zu 79 Stimmen abgelehnt hat. Gegen den Vorstoss stimmten nicht nur SP und Grüne, sondern auch eine Mehrheit von CVP und FDP. Während der Debatte hatte Bundesrat Moritz Leuenberger argumentiert, die LSVA sei ein zentrales Instrument der Verlagerungspolitik sowie für die Finanzierung der Bahninfrastruktur unabdingbar.
(NZZ 03.10.08)
- 29.09. Kerosinsteuer für den Flugverkehr** – Die zweckgebundenen Erträge aus der Mineralölsteuer, die aus dem Flugtreibstoff stammen, sollen künftig dem Luft- statt dem Strassenverkehr zugute kommen. Der Nationalrat hat die letzte Differenz diskussionslos in der entsprechenden Vorlage ausgeräumt. Sicherheitsaufgaben, die staatlichen Behörden (Grenzwachtkorps, kantonale Polizei) obliegen und die namentlich dem Schutz vor Terroranschlägen sowie Flugzeugentführungen dienen, sollen allerdings weiterhin aus allgemeinen Steuergeldern und nicht aus den zweckgebundenen Mitteln finanziert werden. Die Mineralölsteuer wird auf kommerziellen Inlandflügen sowie auf Privatflügen erhoben. Über die entsprechende Verfassungsänderung muss nun noch eine obligatorische Volksabstimmung durchgeführt werden.
(NZZ 30.09.08; BBl 2008 S. 8231)
- 28.09. Der Kanton Basel-Landschaft lehnt öV-Initiative ab** – Mit 58 Prozent Nein-Stimmen hat das Baselbiet die öV-Initiative bachab geschickt. Von 86 Gemeinden haben 84 das Volksbegehren der SP verworfen. Die öV-Initiative beinhaltete zwei Hauptteile: Erstens

sollte ein Fonds für den öffentlichen Verkehr (öV) geschaffen werden, der jährlich mit mindestens 15 Millionen Franken gespeisen worden wäre. Zweitens sollten drei Projekte prioritär voran getrieben und ab 2010 umgesetzt werden.
(BaZ 29.09.08 und 05.09.08)

19.09. Bundesrat ändert Verordnungen: Mehr Kontrolle im VBR, einfacherer UVP – Der Bundesrat hat heute Änderungen verabschiedet, mit denen die Verordnungen zum Verbandsbeschwerderecht (VBR) und zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) an die neuen Regelungen im Umweltschutzgesetz (USG) angepasst werden. Ziel der Änderungen sind Vereinfachungen in der UVP sowie Einschränkungen des VBR. Beispielsweise wurden die UVP-Schwellenwerte bei Parkieranlagen von 300 auf 500 Parkplätze angehoben. Im Weiteren ist bei Einkaufszentren künftig eine UVP notwendig, wenn die Verkaufsfläche grösser als 7'500 Quadratmeter (bisher 5'000 Quadratmeter) ist.
(NZZ 20./21.09.08; BAFU-Medienmitteilung 19.09.08; BBl 2008 S. 4621-4634)

17.09. Parlament befürwortet Alpentransitbörse – Die eidgenössischen Räte befürworten die Vorbereitung einer Alpentransitbörse (ATB) für den Lastwagenverkehr. Nach Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) und vor Einführung einer ATB will das Parlament deren Umsetzung indes in einem Gesetz regeln, damit es nochmals darüber entscheiden kann. Bundesrat Moritz Leuenberger dämpfte die Erwartungen: Die EU werde kaum das Schweizer Verlagerungsziel – maximal 650'000 Camionfahrten pro Jahr – als Ausgangslage nehmen, sondern sich eher an den Kapazitätsgrenzen der Strasse orientieren. Der Bundesrat ist nun ermächtigt, Verhandlungen mit der EU zu führen und die nötigen Verträge abzuschliessen. Das Verlagerungsziel hat nach dem Ständerat jetzt auch der Nationalrat bis zwei Jahre nach Eröffnung des Gotthard-Basistunnels der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (Neat) hinausgeschoben. Gemäss heutigem Planungsstand entspricht dies dem Jahr 2019. Als Etappenziel wird eine Million Fahrten im Jahr 2011 festgelegt. Somit wird das Verlagerungsziel zum zweiten Mal verschoben. Der Nationalrat hat im Weiteren beschlossen, den unbegleiteten kombinierten Verkehr (UKV) und ergänzend auch die Rollende Landstrasse (Rola) von 2011 bis 2018 mit 1,6 Milliarden Franken zu subventionieren. Für den nicht-alpenquerenden Kombi- und Wagenladungsverkehr will die Grosse Kammer 200 Millionen Franken sowie für den Güterverkehr auf dem Schmalspurnetz der Rhätischen Bahn (RhB) 30 Millionen Franken zur Verfügung stellen.
(NZZ 18.09.08)

17.09. Nidwalden: Steuererleichterung für umweltfreundliche Autos – Personenwagen, welche die Umwelt nicht so stark belasten, erhalten im Kanton Nidwalden künftig Steuerrabatte. Dies hat das kantonale Parlament entschieden. Es hiess die entsprechende Steuergesetzrevision in erster Lesung mit 44 zu zwei Stimmen gut. Das neue Gesetz sieht drei Massnahmen vor: Auto mit grossem Hubraum werden stärker besteuert, neue Personenwagen der Energieeffizienzklasse A bezahlen drei Jahre lang keine Steuern, und solche mit alternativem Antrieb profitieren dauernd von einer Ermässigung. Insgesamt soll die Revision ertragsneutral ausfallen.
(NZZ 18.09.08)

16.09. Weitere Milliarden für die Alpentransversalen – Das nationale Parlament stockt den Gesamtkredit für die Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (Neat) wegen Mehrkosten

beim Gotthard- und beim Ceneri-Basistunnel um 3,5 auf 19,1 Milliarden Franken (Preisstand 1998) auf. Damit können die Arbeiten an der Gotthardachse ohne Verzögerung weiter geführt werden. Der Nationalrat hat die Erhöhung nahezu einstimmig genehmigt. Gemäss Bundesrat Moritz Leuenberger entspricht – wird mit dem Preisstand 2007 gerechnet – der neue Neat-Gesamtkredit eigentlich 22,3 Milliarden Franken. Das Volumen aller Eisenbahngrossprojekte (FinöV) – inklusive Bahn 2000 erste Etappe, Lärmsanierung und über fünf Milliarden Franken für ZEB – beträgt laut dem Vorsteher des Verkehrsdepartements zum alten Preisstand 31,5 Milliarden, zum gegenwärtigen Preisstand allerdings 37,5 Milliarden Franken.
(NZZ 17.09.08; BBl 2008 S. 8555-8558)

12.09. strasseschweiz sagt ja zur Verbandsbeschwerdeinitiative – Gemäss einer Medienverlautbarung empfiehlt strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs FRS die Eidgenössische Volksinitiative „Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz!“ zur Annahme. Das Volksbegehren wolle das Verbandsbeschwerderecht nicht generell abschaffen, sondern insofern einschränken, als es nach demokratisch gefällten Volks- und Parlamentsentscheiden nicht mehr eingesetzt werden darf. Damit bewege sich die Schweiz vermehrt in Richtung Rechts- statt Richterstaat.
(Medienmitteilung strasseschweiz 12.09.08)

11.09. Stopp-Offroader-Initiative ist zustande gekommen – Laut Bundeskanzlei ist die Eidgenössische Volksinitiative „für menschenfreundlichere Fahrzeuge“, die so genannte Stopp-Offroader-Initiative, formell zustande gekommen. Von den eingereichten 124'100 Unterschriften sind 123'670 gültig.
(NZZ 12.09.08; SDA-Meldung 11.09.08; BBl 2008 S. 7903)

03.09. Alpenquerender Gütertransport: Strasse wächst stärker als Bahn – Gemäss einem Bericht des Bundesamts für Verkehr (BAV) sind im ersten Semester 2008 fast vier Prozent mehr schwere Camions durch die Schweizer Alpen gefahren als im ersten Halbjahr 2007 – konkret: 571'000 gegenüber 550'000 Lastwagen. Noch grösser sei mit gut vier Prozent die Zunahme an transportierter Fracht in diesen schweren Nutzfahrzeugen gewesen. Hauptgrund für das Wachstum auf der Strasse sei die weiterhin gute Konjunkturlage in allen Quell- und Zielgebieten des alpenquerenden Güterverkehrs, die eine vermehrte Nachfrage nach Strassengütertransporten mit sich bringe. Demgegenüber habe der alpenquerende Schienengüterverkehr in der ersten Hälfte 2008 mengenmässig „nur“ um gut drei Prozent zugelegt. Die Gesamtmenge an beförderten Gütern (Strasse und Schiene zusammen) sei um 3,5 Prozent auf über 21 Tonnen angewachsen. Damit bestätigt sich im Güterverkehr ein Trend, der bereits im Jahr 2007 beobachtet werden konnte und der wenig positiv für die Verlagerungspolitik des Bundes ausfällt: Die Bahn verliert gegenüber der Strassen Marktanteile. Laut BAV hat die Erhöhung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) die erhoffte stabilisierende Wirkung auf die Anzahl alpenquerender Fahrten nicht entfaltet. Weil der Dieselpreis in Österreich stärker angestiegen sei als in der Schweiz, habe es ferner zu Verschiebungen der Routenwahl vom Brenner in Richtung der schweizerischen Alpenübergänge kommen können.
(BaZ 04.09.08; BAV-Bericht 03.09.08)

- 29.08. Astag beim LSVA-Streit erneut in der Offensive – Der Schweizerische Nutzfahrzeugverband (Astag) hat heute die Beschwerde gegen die Anfang 2008 erfolgte Anhebung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) wie angedroht beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Der Schritt hat gemäss Astag rein verfahrensrechtliche Gründe, da die Frist zur Einreichung der Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht sonst abgelaufen wäre. Die Beschwerde könne jederzeit wieder zurückgezogen werden. Laut einem neu von der Astag eingeholten internationalen Gutachten hat der Bund bei der Festsetzung der höheren LSVA-Tarife willkürliche Massstäbe angesetzt, da die in der Transportkostenrechnung (Trakos) verwendeten Ansätze für CO₂-Emissionen massiv überhöht seien. Zudem habe der Bund auch die Staukosten verrechnet; solche aber könnten nach geltendem wissenschaftlichem Standard nicht in dieser Art als externe Kosten eingesetzt werden.
(NZZ 30./31.08.08; ASTAG-Medienmitteilung 29.08.08)**
- 28.08. Zunahme der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz 2007 – Gemäss den definitiven Zahlen des Bundesamts für Statistik (BFS) ist die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz im Jahr 2007 um fast 85'000 Personen gewachsen und erreichte Ende 2007 den Stand von rund 7,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Ein solch markantes Bevölkerungswachstum von über einem Prozent wurde letztmals Anfang der 1990er-Jahre verzeichnet. Der Anstieg ist primär auf den Einwanderungsüberschuss zurück zu führen. Insbesondere zugelegt haben die städtischen Gebiete sowie die grossen Schweizer Städte.
(BFS-Medienmitteilung 28.08.08)**
- 27.08. Bundesrat gibt Mittel für HGV-Anschluss in der Ostschweiz frei – Der Bundesrat hat zwei Vereinbarungen mit den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) im Zusammenhang mit dem Anschluss der Ostschweiz an das europäische Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitsnetz (HGV) genehmigt. Zum einen soll die Doppelspur St. Fiden-Engwil (SG) für rund 44 Millionen Franken ausgebaut und zum andern sollen im Bahnhof Altstätten (SG) Erweiterungsarbeiten für rund 3,5 Millionen Franken vorgenommen werden.
(NZZ 28.08.08; BAV-Medienmitteilung 27.08.08)**
- 26.08. Autobahn Lausanne–Genf: Petition für Ausbau eingereicht – 14'250 Waadtländerinnen und Waadtländer haben eine heute eingereichte Petition für den Ausbau der Nationalstrasse zwischen Lausanne und Genf unterzeichnet. Gemäss dem Komitee, das die Petition lanciert hat, darf in der boomenden Genferseeregion nicht nur der öffentliche Verkehr gestärkt werden. Zusätzlich zum Bau des dritten Eisenbahngleises zwischen Lausanne und Genf müsse auch die Autobahn auf sechs Spuren erweitert werden. Dem Komitee gehören Vertreter der Wirtschaft, der Automobilverbände und der bürgerlichen Parteien an.
(E-Mail-Mitteilung 27.08.08)**
- 25.08. Volksinitiative gegen Offroader eingereicht – Die Jungen Grünen Schweiz haben heute ihre eidgenössische Volksinitiative „für menschenfreundlichere Fahrzeuge“ mit 150'000 gesammelten Unterschriften eingereicht. Wegen beschränkter finanzieller Mittel seien allerdings „nur“ 120'000 Unterschriften beglaubigt worden. Unterstützt wird das Volksbegehren der Jungen Grünen auch vom Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), vom Verein für menschenfreundlichere Fahrzeuge, von den Grünen, Pro Velo**

und Fussverkehr Schweiz sowie von Greenpeace und WWF. Laut Initiativtext soll der Bund Vorschriften zur Reduktion der negativen Auswirkungen von Motorfahrzeugen, insbesondere der Unfallfolgen und Umweltbelastung durch Personenwagen, erlassen. Die Initiative nimmt primär die grossen und starken Geländefahrzeuge, die so genannten Offroader ins Visier. Verboten werden sollen auch Motorfahrzeuge, die Velofahrer, Fussgänger oder andere Verkehrsteilnehmende übermässig gefährden. Bereits zugelassene Fahrzeuge der vom Verbot betroffenen Kategorien dürften weiterhin verkehren, allerdings nur noch mit einer Höchstgeschwindigkeit von hundert Stundenkilometern. Die Verbände des privaten Strassenverkehrs lehnen das Volksbegehren ab und bezeichnen es als übertriebene Zwängerei, da seit Anfang 2000 bereits drei ähnlich gelagerte Initiativen von Volk und Ständen wuchtig verworfen worden sind, sowie als Mogelpackung, da nebst den so genannten Offroadern über 600 andere Modelle – darunter „normale“ Limousinen, Kombis, Vans und Sportwagen – vom Markt verschwinden würden.

(NZZ 26.08.08; Medienmitteilungen auto-schweiz, ACS, TCS und strasseschweiz 25.08.08)

19.08. Weniger Verkehrstote in der Schweiz – Gemäss der bfu (Beratungsstelle für Unfallverhütung) sind auf Schweizer Strassen im ersten Halbjahr 157 Menschen ums Leben gekommen, vier Prozent weniger als im ersten Semester 2007. Die Zahl der Schwerverletzten ging ebenfalls zurück, und zwar um 13 Prozent auf 2'145 Personen. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres starben 21 Fussgänger, was einer Reduktion von fast einem Drittel gegenüber der Vorjahrsperiode entspricht. Bei den Motorradfahrern waren es 34 Todesopfer, bei den Fahrradfahrern 11. Diese Zahlen gingen um drei bzw. acht Prozent zurück. Autounfälle fordern nach wie vor die meisten Verkehrsoffer. Mit 79 Toten ist die Zahl in dieser Gruppe laut bfu um zehn Prozent gestiegen. (NZZ 20.08.08; „Bund“ 20.08.08; bfu-Medienmitteilung 19.08.08)

11.08. Neue Astag-Studie zu Erfolgen im Umweltbereich – Der Schweizerische Nutzfahrzeugverband (Astag) hat eine Studie „Umweltpolitische Aspekte des Strassengütertransports und der Nutzfahrzeuge“ präsentiert, die der hiesigen Transportflotte gute Noten gibt, und forderte zudem eine 10-Jahre-Garantie beim Fahrzeugkauf. Gemäss dieser Studie konnten die durchschnittlichen Schallemissionen bei neuen Lastwagen in Abhängigkeit von der Leistungsklasse im Antriebsstrang um bis zu acht Dezibel gesenkt werden, was fast einer Halbierung der empfundenen Lautstärke entspricht. Ferner hat bei schweren Nutzfahrzeugen seit 1980 der Dieserverbrauch von 38 Liter pro hundert Kilometer auf 33 Liter reduziert. Trotz beträchtlicher Zunahme des Schwerverkehrs konnte zwischen 1980 und 2005 der Ausstoss von Kohlenmonoxid (CO) um 40 Prozent, jener von Kohlenwasserstoffen (HC) um 57 Prozent und von Stickoxid (NOx) um 21 Prozent sowie jener von Feinstaub (PM10) um 65 Prozent gesenkt werden. Hingegen ist der CO₂-Ausstoss um 20 Prozent gestiegen, wobei die Studie seit 2000 allerdings eine leichte Trendumkehr registriert. Astag-Präsident Adrian Amstutz hielt fest, dass diese Erfolge nur möglich gewesen seien, weil die Transporteure ihre Flotten laufend modernisiert haben. Heute entsprechen 39 Prozent der 52'000 LSVA-pflichtigen Fahrzeuge der Euro-3-Norm. 18 Prozent haben bereits Euro-4- bzw. Euro-5-Standard.

(SGZ 29.08.08; NZZ 12.08.08; „Bund“ 12.08.08; ASTAG-Medienmitteilung 11.08.08)

10.08. Ruf nach zweiter Röhre für den Gotthard-Strassentunnel – Gemäss einer repräsentativen Umfrage der „SonntagsZeitung“ will eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung

eine zweite Röhre durch den Gotthard-Strassentunnel: 47 Prozent der Befragten sind für und 36 Prozent gegen einen Ausbau; der Rest ist unentschieden. Die Zustimmung für eine zweite Röhre ist in der Romandie höher (57%) als in der Deutschschweiz (44%). (BaZ 11.08.08)

08.08. Westumfahrung von Solothurn in Betrieb – Seit heute ist die Westtangente in Betrieb. Sie verbindet die Autobahn A5 mit dem Norden der Stadt Solothurn, ermöglicht neue Verkehrsführungen beidseits der Aare und soll den Durchgangsverkehr in der Innenstadt um rund die Hälfte reduzieren. Bereits 1997 wurden in einer kantonalen Abstimmung die Projekte für eine Entlastung von Solothurn und Olten (SO) vom Durchgangsverkehr grundsätzlich befürwortet. Anfang Juni 2002 wurde die Finanzierungsvorlage mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 51 Prozent knapp angenommen. Seit dem 10. Juli 2008 ist auch die nach ihrem Umfang und den Investitionen von rund 320 Millionen Franken viel grössere „Entlastung Region Olten“ in Bau. Die rund 1,8 Kilometer lange Westumfahrung, eigentlich ein Autobahnzubringer, beginnt beim Anschluss Solothurn West der A5, führt über die Aare und in den bautechnisch aufwendigen (weil im Grundwasser liegenden) 350 Meter langen Gibelintunnel und erreicht über zwei Kreisel den Norden der Stadt. Mit rund hundert Millionen Franken liegen die Baukosten – auch wegen des schwierigen Baugrunds an den Aareufeln – leicht höher als die bewilligten 95 Millionen Franken. (NZZ 09./10.08.08)

06.08. Gotthard-Strassentunnel: Sanierung bereits in zehn Jahren fällig – Die Sanierung des Gotthard-Strassentunnels wird gemäss Bundesamt für Strassen (Astra) rund zehn Jahre früher fällig als erwartet. Die Kosten für diese Sanierung schätzt das Astra auf 300 bis 500 Millionen Franken. Die grösste Herausforderung bei der Totalsanierung wird die Verkehrsführung während der Bauarbeiten sein – denn: Laut Astra ist eine völlige Sperrung des Gotthard-Strassentunnels vonnöten. Für das Astra sind derzeit zwei Varianten denkbar: Würde die Sanierung in einem Zug durchgeführt, muss mit einer Dauer der Sperrung von rund einem Jahr gerechnet werden. Als zweite Möglichkeit könnten die Bauarbeiten dann durchgeführt werden, wenn die Passstrasse offen ist. So würden sie zwar auf mehrere Jahre verteilt, sich allerdings auf die Reisezeit konzentrieren. Am 18. August 2008 soll der Auftrag für ein so genanntes globales Erhaltungskonzept ausgeschrieben werden. (NZZ 07.08.08)

08.07. G8-Staaten wollen Treibhausgase um 50 Prozent bis 2050 senken – Die G8-Staaten haben sich bei ihrem Gipfeltreffen im japanischen Tokajo auf Ziele zum Klimaschutz verständigt, denen auf die Vereinigten Staaten von Amerika zugestimmt haben. Demnach sollen die weltweiten Emissionen bis 2050 um mindestens die Hälfte reduziert werden. Alle wichtigen Volkswirtschaften sollen zur Zielerreichung beitragen. Allerdings soll jedes Land einen Beitrag in Abhängigkeit von seiner Verantwortung, die es betreffend den globalen Treibhausgasausstoss trägt, und seinen Möglichkeiten zur Verringerung dieser Emissionen leisten. (Energie-Report Woche 28/08)

08.07. Strassenverkehrsunfälle 2007: Wieder mehr Todesopfer – Gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS) ist die Zahl der bei Strassenverkehrsunfällen im Jahr 2007 getöteten und schwer verletzten Personen gegenüber 2006 angestiegen. Mit 384 Todesopfern be-

trug die Zunahme vier Prozent und mit 5'235 Schwerverletzten gut drei Prozent verglichen mit 2006 (370 Tote, 5'066 Schwerverletzte). Die Zahl der getöteten oder schwer verletzten Motorradlenkenden ist dabei mit einem achtprozentigen Zuwachs von 2006 bis 2007 besonders hoch ausgefallen. Auch bei den Fussgängerinnen und Fussgängern war bei den Getöteten und Schwerverletzten im Jahr 2007 eine Zunahme von acht Prozent gegenüber 2006 zu verzeichnen.

(NZZ 09.07.08; SDA-Meldung 08.07.08; BFS-Medienmitteilung 08.07.08)

04.07. Nationalstrassen: Zunahme des Verkehrs und weniger Stau – Gemäss dem Bundesamt für Strassen (Astra) hat der Verkehr auf den Nationalstrassen im Jahr 2007 um drei Prozent zugenommen und ist damit gegenüber 2006 überdurchschnittlich angewachsen. Der Mittelwert der vergangenen zehn Jahre betrug nämlich 2,4 Prozent. Trotz dieses hohen Verkehrswachstums nahmen die Staustunden auf dem Nationalstrassennetz 2007 um über zehn Prozent ab. Mit Total gut 10'300 Staustunden konnte der tiefste Wert seit sechs Jahren verzeichnet werden.

(NZZ 07.07.08; AR 09.07.08; SDA-Meldung 04.07.08; ASTRA-Medienmitteilung 04.07.08)

02.07. Erleichterungen für Transfers von Fluggästen – Busverbindungen zwischen Flughäfen bzw. -plätzen und Tourismusgebieten werden erleichtert: Der Bundesrat hat die Verordnung über die Personenbeförderungskonzession (VPK) revidiert. In Zukunft können für die Transfers von Fluggästen eidgenössische Bewilligungen erteilt werden. Gar keine Bewilligung mehr benötigt der Transport von Gruppen, die im Rahmen eines Pauschalangebots einen solchen Transfer benützen. Halten die Erbringer dieser Transporte gewisse Auflagen ein, so wird gemäss Bundesamt für Verkehr (BAV) in der Praxis der abgeltungsberechtigte öffentliche Verkehr nicht wesentlich konkurrenziert.

(BAV-Medienmitteilung 02.07.08)

02.07. Klimawandel nach Verursacherprinzip – Der Bundesrat hält eine internationale Finanzierung der Anpassungskosten im Zusammenhang mit dem Klimawandel für richtig. Die Weltbank beziffert diese Anpassungskosten in den einschlägigen Staaten, die vom Klimawandel besonders stark betroffen sind, auf jährlich zehn bis 40 Milliarden Dollar. Nach den schweizerischen Vorstellungen sollte sich der Beitrag der einzelnen Länder im Wesentlichen am CO₂-Ausstoss orientieren. Er würde zwei Dollar pro Tonne Kohlendioxid (CO₂) betragen, was rund 0,5 Rappen pro Liter Treibstoff entspricht. Für alle Länder soll eine abgabefreie Menge von 1,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent pro Kopf der Bevölkerung vorgesehen werden. Die Schweiz emittiert etwas über sieben Tonnen CO₂-Äquivalent pro Kopf und müsste pro Jahr rund 60 Millionen Franken bezahlen. Davon würden 36 Millionen in einen globalen Fonds fliessen; 24 Millionen Franken blieben für inländische Zwecke reserviert. Dieser verursachergerechte Beitrag würde aus den Erträgen des bestehenden Klimarappens auf Treibstoffen sowie der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen finanziert.

(NZZ 03.07.08; BAFU-Medienmitteilung 02.07.08)

02.07. 400 Kilometer mehr Nationalstrassen – Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren zur Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz von 1960 eröffnet. Um zu gewährleisten, dass alle Landesteile durch Nationalstrassen erschlossen sind, sollen mit dem so genannten Netzbeschluss 19 kantonale Hauptstrassen mit einer Gesamtlänge von rund 400 Kilometern neu ins Nationalstrassennetz aufgenommen werden. Damit wird der Bund Eigner dieser Strassen sowie für deren Unterhalt und

Betrieb zuständig sein. Dadurch entstehen dem Bund Mehrkosten von 350 Millionen Franken pro Jahr. Diese finanzielle Mehrbelastung will der Bund via die Globalbeiträge an die Kantone kompensieren.

(NZZ 03.07.08; „Bund“ 03.07.08; ASTRA-Medienmitteilung 02.07.08.)

02.07. Vernehmlassung zur Sanierung der SBB-Pensionskasse eröffnet – Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Sanierung der Pensionskasse der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) eröffnet. Er stellt dabei vier Varianten zur Diskussion, von denen jene mit dem geringsten finanziellen Engagement des Bundes favorisiert wird. Dieses an der Sanierung der Bundespensionskasse Publica orientierte Modell würde die Eidgenossenschaft 662 Millionen Franken kosten.

(NZZ 03.07.08; „Bund“ 03.07.08; BaZ 03.07.08; EFD-Medienmitteilung 02.07.08)

26.06. Deutliche Zunahme bei den Treibstoffemissionen – Die CO₂-Emissionen aus Treibstoffen sind gemäss dem Bundesamt für Umwelt (Bafu) zwischen 2006 und 2007 um fast zwei Prozent angestiegen. Der CO₂-Ausstoss aus Benzin und Diesel lag im Jahr 2007 um 11,4 Prozent über jenem des Referenzjahrs 1990 und damit weit über dem Ziel des CO₂-Gesetzes, das eine Reduktion um acht Prozent gegenüber 1990 verlangt. Für diese Entwicklung macht das Bafu mehrere Gründe verantwortlich: Zum einen habe das starke Wirtschaftswachstum die Emissionen nach oben getrieben, weil die Transporte zunahmen; zum andern spiele der Tanktourismus eine wichtige Rolle. So habe der Dieselpreis in der Schweiz im Jahr 2007 wegen des starken Euro erstmals deutlich unter dem Preisniveau in Deutschland gelegen. Dieselfahrzeuge in der Schweiz zu betanken, sei dadurch attraktiv geworden.

(NZZ 27.06.08; BAFU-Medienmitteilung 26.06.08)

26.06. Gesamtenergieverbrauch 2007 um 2,6 Prozent gesunken – Zum zweiten Mal in Folge ist der Gesamtenergieverbrauch in der Schweiz leicht zurückgegangen. Im Jahr 2007 sind 2,6 Prozent weniger Energie verbraucht worden als 2006. Wichtigste Gründe für diesen Rückgang waren gemäss Bundesamt für Energie (BFE) die warme Witterung während der Heizperiode sowie die hohen Erdölpreise. Während beim Heizöl extra leicht eine deutliche Reduktion (minus rund 12%) zu verzeichnen war, nahm der gesamte Absatz an Treibstoffen um fast drei Prozent zu. Einen starken Anstieg wiesen vor allem Dieselöl (plus gut 7%) und Flugtreibstoffe (plus nahezu 7%) auf. Der Benzinverbrauch hingegen entwickelte sich leicht rückläufig (minus 1%). Damit setzte sich der Trend der Substitution von Benzin- durch Dieseltreibstoff fort.

(NZZ 27.06.08; BFE-Medienmitteilung 26.06.08)

21.06. VCS lanciert Volksinitiative „Für mehr öffentlichen Verkehr“ – Der Verkehrsclub der Schweiz (VCS) wird die angekündigte eidgenössische Volksinitiative „Für mehr öffentlichen Verkehr“ lancieren. Dies haben die VCS-Delegierten einstimmig beschlossen. Die Unterschriftensammlung soll spätestens im März 2009 beginnen. Das Volksbegehren strebt einen neuen Verteilschlüssel für die zweckgebundenen Mineralölsteuermittel an: Ein Viertel der Erträge aus der Mineralölsteuer sowie die Hälfte der Erträge aus dem Mineralölsteuerzuschlag sollen künftig dem öffentlichen Verkehr zugeführt werden.

(NZZ 23.06.08; VCS-Medienmitteilung 19.06.08)

20.06. Mindestanforderungen für Biotreibstoffe: Verordnung in Anhörung – Das eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek)

hat die Details zu den ökologischen Mindestanforderungen an Biotreibstoffe für eine Mineralölsteuererleichterung in die Anhörung geschickt. Demnach müssen Hersteller und Importeure von Biotreibstoffen insbesondere zwei Aspekte darlegen. Erstens ist der gesamte Produktionsweg der Treibstoffe vom Anbau der Rohstoffe bis zum Verkauf an der Tankstelle zu beschreiben. Zweitens muss dargelegt werden, dass beim Anbau der Rohstoffe weder Regenwald noch andere CO₂-speichernde Ökosysteme noch die biologische Vielfalt gefährdet werden, indem unter anderem Angaben zur Landnutzung vor dem Anbau der Rohstoffe seit dem 1. Januar 2006 verlangt werden. Die Anhörungsfrist endet am 15. August 2008.
(NZZ 21./22.06.08; BAFU-Medienmitteilung 20.06.08)

18.06. strasseschweiz will keine neuen Steuern und Abgaben – strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs FRS hat sich an seiner 63. ordentlichen Mitgliederversammlung – nicht zuletzt angesichts der Rekord hohen Treibstoffpreise – deutlich gegen neue Steuern und Abgaben für den privaten Strassenverkehr ausgesprochen. Im Weiteren lobte strasseschweiz den Klimarappen, der sich auf der ganzen Linie bewährt habe und auf den auch in Zukunft, das heisst für Zeit nach der ersten Kyoto-Verpflichtungsperiode, zu setzen sei. Ferner befasste sich strasseschweiz mit zusätzlichen energie- und klimapolitischen Massnahmen im Bereich des motorisierten Strassenverkehrs sowie mit Road Pricing. Besonderes Gewicht legte Verbandpräsident Niklaus Zürcher ausserdem auf die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) und deren Finanzierung. (Info strasseschweiz 18.06.08)

18.06. Bund erhebt neue Steuer auf Benzin – Per 1. Juli 2008 fällt eine neue Steuer von 1,35 Rappen pro Liter Benzin an. Damit sollen Einnahmehausfälle, die die Steuerbefreiung bzw. -erleichterung von biogenen Treibstoffen verursacht, kompensiert werden. Bis Ende 2008 sind dies 63 Millionen Franken. Weil die Kriterien für die Befreiung bzw. Erleichterung noch ausstehen, profitiert vorerst allein der Bund. Langfristig rechnet die eidgenössische Oberzolldirektion (OZD) – in Abhängigkeit von der Nachfrage nach biogenen Treibstoffen – mit einer Erhöhung der Steuer auf sechs bis sieben Rappen pro Liter Benzin. (Handelszeitung 18.-24.06.08)

11.06. Saubere Autos werden im Kanton Graubünden günstiger – Im Kanton Graubünden müssen für abgasarme Fahrzeuge in Zukunft deutlich weniger Verkehrssteuern bezahlt werden. Das Kantonsparlament hat gesetzliche Grundlagen verabschiedet, die hohe Rabatte ermöglichen. In den Genuss einer Reduktion um 80 Prozent sollen Halterinnen und Halter kommen, deren Fahrzeuge nicht mehr als 140 Gramm Kohlendioxid (CO₂) pro Kilometer ausstossen. 60 Prozent beträgt der Rabatt bei nicht mehr als 160 Gramm CO₂. Gerechnet wird mit Mindereinnahmen von 150 Millionen Franken. Der Kantonsregierung wurde ferner die Kompetenz eingeräumt, die Grenzwerte für den Anspruch auf Rabatte anzupassen. (NZZ 12.06.08)

10.06. Nationalrat genehmigt S-Bahn Mendrisio–Varese – Als zweite Kammer hat auch der Nationalrat eine Erweiterung des SBB-Netzes, namentlich die S-Bahn-Verbindung von Mendrisio (TI) nach Varese (Italien), mit 146 zu 22 Stimmen gutgeheissen. Die neue Strecke soll vorab den grenzüberschreitenden Pendlerverkehr auf die Schiene bringen. Die Kosten der neuen Bahnverbindung belaufen sich auf 134 Millionen Franken, wobei

der Bund gemäss früheren Grundsatzbeschlüssen die Hälfte davon aus dem Infrastrukturfonds berappt. Die Gesamtlänge beträgt rund 17,7 Kilometer, wovon 6,5 Kilometer auf schweizerischem und 11,2 Kilometer auf italienischem Boden liegen. Ab Landesgrenze wird die neue Linie von Italien finanziert. Für den Abschnitt, der sich in der Schweiz befindet, wird auf den ersten 4,5 Kilometern der Neubaustrecke zwischen Mendrisio und Stabio das bestehende Gütergleis zu einer Doppelspur ausgebaut, und von Stabio bis zur Grenze entsteht eine neue, zwei Kilometer lange Doppelspurstrecke. (NZZ 11.06.08; BBl 2008 S. 5807)

- 05.06. Ständerat bewilligt 5,4 Milliarden Franken für Bahnausbauten** – Für die dringendsten Ausbauten im Zusammenhang mit der zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) sollen gemäss Ständerat 5,4 Milliarden Franken reserviert werden. Dabei ist der vom Bundesrat beantragte Kredit (5,2 Mia. Franken) zugunsten des Regionalverkehrs um 200 Millionen erhöht und der FinöV-Gesamtkredit insgesamt um rund eine Milliarde auf rund 31,5 Milliarden Franken aufgestockt worden. Damit grössere Projekte nicht bis nach 2030 warten müssen, hat die Kleine Kammer mit 29 zu sechs Stimmen von der Landesregierung zudem die Erschliessung neuer Einnahmequellen für den Fonds zur Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte (FinöV) verlangt. Dabei schätzt das Bundesamt für Verkehr (BAV) die entsprechenden Kosten für die weiteren Projekte (ZEB 2) auf zehn bis zwölf Milliarden Franken. Die Minderheit wollte sich damit begnügen, die Frist für die Rückzahlung der Bundesvorschüsse bzw. -darlehen an den FinöV-Fonds über das Jahr 2030 hinaus zu erstrecken, um so liquide Mittel für zusätzliche Bahnprojekte zu erhalten. Auf diese Weise hätte laut dem Kommissionssprecher, Ständerat Peter Bieri (cvp, Zug), allerdings bis 2027 kein Geld für ZEB 2 zur Verfügung gestanden. Wollte man nur schon die ärgsten Engpässe im Schienennetz vor 2030 beheben, brauche es mehr finanzielle Mittel. Woher diese zusätzlichen Milliarden für die Bahn kommen sollen, lässt die vom „Stöckli“ beschlossene Vorlage offen. Vorschläge dazu muss der Bundesrat dem Parlament in seiner Nachfolge-Botschaft bis 2010 unterbreiten. Die Auseinandersetzung um die Herkunft der finanziellen Mittel dürfte dann erst richtig losgehen. (NZZ 06.06.08; BaZ 06.06.08)

- 03.06. Ständerat tritt auf ZEB-Vorlage ein** – Der Ständerat ist auf die Gesamtschau über die aus dem Fonds (FinöV) bezahlten Eisenbahngrossprojekte und die Vorlage über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) einstimmig eingetreten. Mit der ZEB-Vorlage wird einerseits der Gesamtkredit der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (Neat) an die neueste Kostenprognose angepasst und insgesamt auf gut 19 Milliarden Franken (Preisstand 1998) erhöht. Andererseits wird der im Gesetz nicht fixierte, 1998 jedoch dem Souverän angegebene Rahmen für den FinöV-Fonds um eine Milliarde auf 31,5 Milliarden Franken erhöht. Realisiert und aus den FinöV-Einnahmen – Anteile der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), Mineralöl- und Mehrwertsteuer – abbezahlt werden die Projekte erst gegen 2030 sein. Weil kurzfristig nicht genügend Gelder in den FinöV-Fonds fliessen, muss der Bund diesen bevorschussen. Allein für Zinsen für diese Vorschüsse bzw. Darlehen müssen bis 2027 gegen sieben Milliarden Franken aufgewendet werden. Völlig unbestritten war im „Stöckli“ die erste vom Bundesrat in verbindlicher Form beantragte ZEB-Etappe. Sie ist auf insgesamt fast 5,5 Milliarden Franken veranschlagt und umfasst rund 30 kleinere Projekte, die das Bahnangebot, die Anschlüsse und die Reisezeiten im ganzen Land optimieren und vor allem auf der Ost-West-Achse St. Gallen–Lausanne die Fahrzeit um eine halbe Stunde

verkürzen sollen.

(NZZ 04.06.08; BaZ 04.06.08; „Bund“ 04.06.08)

03.06. Versuche mit Road Pricing aus Legislaturplanung gekippt – Im Einklang mit dem Ständerat und gegen links-grünen Widerstand hat der Nationalrat die Vorbereitung von Versuchen mit Road Pricing in städtischen Gebieten mit 109 zu 68 Stimmen aus der Legislaturplanung 2007-2011 des Bundesrats gestrichen. Gebühren für die Zufahrt zu den Städten seien in der kleinräumigen Schweiz kein adäquates Rezept zur Rationierung des Verkehrs bzw. zur Verkehrslenkung, betonte die Mehrheit der Grossen Kammer.

In ihren Medienverlautbarungen bezeichneten die Interessengemeinschaft (IG) Innenstadtverkehr und der Touring Club Schweiz (TCS) den Entscheid als richtiges und wichtiges Signal sowie als politische Absage an Versuche mit neuen Strassenbenützungsgebühren.

(NZZ 04.06.08; TCS-Medienmitteilung 03.06.08; Medienmitteilung IG Innenstadtverkehr 03.06.08)

02.06. Neues Lastwagen-Regime am San Bernardino – Nach umfassenden Sanierungsarbeiten wird am 7. Juli 2008 das Kreuzungsverbot für Lastwagen im San-Bernardino-Strasstunnel wieder aufgehoben. Seit Ende Oktober 2001 durften Lastwagen den Tunnel nicht mehr im Gegenverkehr passieren, sondern nur immer in einer Richtung. Konkret konnten bei diesem Verkehrskonzept mit Dosierungssystem die Lastwagen von Süden lediglich um die geraden und jene von Norden an den ungeraden Stunden in den Tunnel fahren. Sollte die Zahl der Lastwagen künftig wieder erwarten steigen, sind die Tunnelbetreiber vorbereitet: Im Zuge der Sanierungsarbeiten sind die Voraussetzungen geschaffen worden, um kurzfristig wieder ein Dosierungssystem einführen zu können. Damit die modernen Sicherheitseinrichtungen gar nie benötigt werden, gelten ein Überholverbot für Lastwagen sowie ein Mindestabstand von 150 Metern zwischen zwei Camions.

(NZZ 03.06.08)

26.05. Kerosinsteuer für Luftverkehr: Ständerat heisst Verfassungsänderung gut – Die Mineralölsteuer auf Flugbenzin soll künftig verursachergerecht für den Luftverkehr verwendet werden. Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat der erforderlichen Änderung der Bundesverfassung zugestimmt. Konkret geht es um jährlich 44 Millionen Franken. Diese Mittel sollen zur Hälfte für Massnahmen der technischen Sicherheit (safety) und zu je einem Viertel für den Lärmschutz sowie für die Abwehr von Terror und anderen widerrechtlichen Handlungen (security) verwendet eingesetzt werden. Nach dem Ständeratsbeschluss gibt es noch eine Differenz in den Details. Die Grosse Kammer hatte den Vorschlag des Bundesrats so abgeändert, dass aus der Mineralölsteuer zwar nicht-hoheitliche Sicherheitsmassnahmen (Passagier- und Gepäckkontrolle, Sicherung des Flughafenareals) hätten bezahlt werden können, hoheitliche Aufgaben aber weiterhin aus der allgemeinen Bundeskasse finanziert werden sollten. Mit 26 zu 13 Stimmen hat sich das „Stöckli“ dem Bundesrat angeschlossen, der auf Verfassungsebene nicht zwischen verschiedenen Sicherheitsaufgaben unterscheiden und nicht-hoheitliche Aufgaben im Prinzip den Flughafenbetreibern überlassen will, die die Kosten auf die Fluggesellschaften und letztlich auf die Passagiere überwälzen.

(NZZ 27.05.08)

20.05. Zugzukunft kostet Milliarden – Gemäss SBB-Konzernchef Andreas Meyer müssen in den nächsten Jahren mindestens 20 Milliarden Franken in die schweizerische Bahninfrastruktur investiert werden. Diese Zahl sei dem zuständigen Bundesrat Moritz Leuenberger ebenfalls bekannt. Deshalb sei dessen jüngster Vorschlag, die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) teil zu privatisieren, vorläufig eher als Provokation zu verstehen. Er selber halte von einer solchen Teilprivatisierung gar nichts. Mit Blick auf die defizitäre SBB Cargo und das Angebot der Transporteure, sich an dieser zu beteiligen, hält Andreas Meyer fest, dass man das Angebot zwar prüfen werde, doch habe die Strasse nicht zu diktieren, wie der Wagenladungsverkehr innerhalb der Schweiz zu organisieren sei. Für den SBB-Chef hat der Erhalt des integrierten Unternehmens SBB Vorrang, in dem sowohl der Verkehr als auch die Infrastruktur unter einem Dach vereint ist. Nur so seien die ständigen Prioritätskonflikte – z.B. zwischen Güter- und Personenverkehr – lösbar. Eine Teilprivatisierung störe das Planungs-dreieck Fahrplan, Infrastruktur und Rollmaterial. Er sei sich der Diskrepanz zwischen Ausbauwünschen in der Grössenordnung von 20 Milliarden und derzeit dafür verfügbaren Mitteln von 5,2 Milliarden Franken sehr wohl bewusst. Für ihn sei nebst der Erschliessung neuer Finanzquellen seitens der öffentlichen Hand, etwa über einen Teil einer CO₂-Abgabe, auch eine stärkere Belastung der Benutzer vorstellbar. Nötig sei ferner etwa ein verträglicheres Trassenpreissystem, und der Bund müsse Hand bieten zur Sanierung der SBB-Pensionskasse. Falls die SBB selber dafür aufkommen müssten, würden finanzielle Mittel für die Erneuerung und Erweiterung des Rollmaterials sowie für den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur fehlen.
(NZZ 22.05.08; BaZ 22.05.08)

15.05. Reduktionsziel beim Treibstoffverbrauch neuer PW verfehlt – Der durchschnittliche Treibstoffnormverbrauch der im Jahr 2007 in der Schweiz verkauften neuen Personewagen (PW) ist gegenüber 2006 um rund 2,5 Prozent auf gut 7,4 Liter pro hundert Kilometer zurückgegangen. Damit wurde das Zwischenziel für 2007 von 6,65 Liter pro hundert Kilometer um gegen 0,8 Liter verfehlt. Zudem reicht das positive Ergebnis wegen des Rückstands aus den vergangenen Jahren nicht aus, um das in der Vereinbarung zwischen dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) und auto-schweiz, der Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure, festgelegte Reduktionsziel von 6,4 Liter pro hundert Kilometer bis Ende 2008 zu erreichen. Die höhere Effizienz bei Treibstoffverbrauch wurde durch die stetig steigende Nachfrage nach grösseren, leistungsstärkeren und schwereren Fahrzeugen wettgemacht. auto-schweiz hält fest, dass höhere Fahrzeuggewichte auch eine Folge von Verbesserungen bei Sicherheit und Abgasemissionen seien. Seit 2000 sei eine Verbrauchsreduktion von fast einem Liter oder 11,5 Prozent erreicht worden – dies trotz einer Gewichtszunahme von 139 Kilogramm oder über neun Prozent. Mehr als 40 Prozent der verkauften Neuwagen hätten den Energieeffizienzkategorien A und B zugeordnet werden können, was einem neuen Rekord entspricht. Der CO₂-Ausstoss der neu verkauften PW beläuft sich für 2007 im Durchschnitt auf 183 Gramm pro Kilometer. Der Anteil der Dieselfahrzeuge ist erneut gestiegen und beträgt nun mehr als 32 Prozent der neu verkauften Autos. Diese neu zugelassenen Diesel-PW sind zu rund 85 Prozent mit einem Partikelfilter ausgestattet.
(NZZ 16.05.08; SDA-Meldung 15.05.08; BFE-Medienmitteilung 15.05.08; 12. Berichterstattung auto-schweiz 15.05.08; Medienmitteilung auto-schweiz 15.05.08)

15.05. Kunden-Center von SBB Cargo in Fribourg wird geschlossen – Das Kunden-Center von SBB Cargo in Fribourg wird endgültig geschlossen. Von 165 Arbeitsplätzen werden aus Kostengründen 114 nach Basel verlegt und die übrigen eingespart. Im Gegenzug verpflichten sich die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB), im zweisprachigen Kanton ein Zentrum für Personaldienste aufzubauen und 50 bis hundert Arbeitsplätze zu schaffen.

(NZZ 16.05.08)

09.05. Externe Verkehrskosten um rund einen Viertel gestiegen – Gemäss dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) haben die externen Kosten des Verkehrs von 2000 bis 2005 um rund einen Viertel zugenommen. Im Jahr 2005 beliefen sie sich auf 8,5 Milliarden Franken, wovon den Löwenanteil mit rund 8,1 Milliarden Franken oder fast 95 Prozent der Strassenverkehr verursachte. Im Total nicht enthalten sind die Staukosten; sie werden fürs gleiche Jahr auf rund 1,2 Milliarden Franken beziffert. Der Anstieg beim Strassenverkehr fiel dabei mit plus gut 25 Prozent weitaus deutlicher aus als jener bei der Bahn.

In einer Medienverlautbarung verlangte strasseschweiz, dass das ARE nun auch die Verkehrsnutzen aktualisiert.

(NZZ 10./11.05.08; BaZ 10.05.08; SDA-Meldung 09.05.08; ARE-Medienmitteilung 09.05.08; Medienmitteilung strasseschweiz 09.05.08)

06.05. Schweizerischer Energieverbrauch nach Verwendungszwecken – Mit der Analyse des schweizerischen Energieverbrauchs nach Verwendungszwecken liegt gemäss Bundesamt für Energie (BFE) erstmals eine systematische Aufstellung des inländischen Gesamtenergieverbrauchs nach Verwendungen pro Energieträger und Sektor vor. Die Analyse umfasst die Entwicklung des Energieverbrauchs der Jahre 2000 bis 2006 und soll künftig alle zwei Jahre aktualisiert werden. Rund 35 Prozent und damit der grösste Anteil am schweizerischen Energieverbrauch 2006 wurde für das Heizen (Raumwärme) benötigt. An zweiter Stelle folgt die Mobilität im Inland mit 28 Prozent. 13 Prozent wurden für die Prozesswärme in der Industrie aufgewendet, rund neun Prozent für die Beleuchtung und 5,5 Prozent für Warmwasser.

(BFE-Medienmitteilung 06.05.08)

05.05. Rechtswidrigkeit der LSVA-Erhöhung im Jahr 2005 erwiesen – Gemäss dem Schweizerischen Nutzfahrzeugverband (Astag) ist bereits die Erhöhung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) 2005 widerrechtlich gewesen. Dies bestätigt eine im Auftrag der Astag erstellte wissenschaftliche Studie der Firma ProgTrans AG, die für den Strassenschwerverkehr in diesem Jahr einen Kostendeckungsgrad von gut 101 Prozent angibt, der mittlerweile auf 105 Prozent gestiegen ist. Im Jahr 2009 rechnet die Studie sogar mit einem Kostendeckungsgrad von über 108 Prozent. Somit deckt laut Astag der Strassentransport sowohl seine Wegekosten als auch die so genannt externen Kosten vollständig. Gemäss Artikel 85 der Bundesverfassung und Artikel 7 des Schwerverkehrsabgabegesetzes darf die LSVA allerdings nicht höher sein als der Schwerverkehr noch Kosten zulasten der Allgemeinheit verursacht. Mit anderen Worten: Das schon seit 2005 alle Kosten gedeckt sind, hätte die LSVA nicht nochmals angehoben werden dürfen. Vor anderthalb Jahren hatte der Bund erstmals die Transportkostenrechnung (Trakos) im Sinne einer Pilotstudie erstellt. Trakos kam zum Schluss, dass der Schwerverkehr die verursachten Kosten im Referenzjahr 2003 nur zu 93 Prozent deckte. Weil nun aber die Experten des Bundes die in der Pilotrechnung angewandte

Methodik noch verbessern möchten, ist zu erwarten, dass sie zu anderen Resultaten gelangen werden als das Parteigutachten von ProgTrans.

(NZZ 06.05.08; BaZ 06.05.08; ASTAG-Medienmitteilung 05.05.08; NZZ am Sonntag 04.05.08)

30.04. Geldsegen von der Strasse – Im Jahr 2007 haben die Strassenbenützer wiederum die Strasseninfrastruktur und einen Grossteil der neuen Schieneninfrastruktur bezahlt. Die Steuern, die allein der Bund auf dem Treibstoff (Mineralölsteuer), der Einfuhr von Fahrzeugen (Automobilsteuer, Zollerträge), der Benützung des helvetischen Strassen-netzes (LSVA, Autobahnvignette) sowie auf den Umsätzen aus dem Verkauf von Treibstoffen, Fahrzeugen und Fahrzeugbestandteilen (Mehrwertsteuer) erhebt, haben 2007 beinahe neun Milliarden Franken betragen. Das waren rund 300 Millionen Franken mehr als im Jahr 2006 und machen immerhin über einen Sechstel der gesamten für das gleiche Jahr budgetierten Fiskaleinnahmen des Bundes aus.
(Medienmitteilung strasseschweiz 30.04.08)

30.04. Strassen- und Eisenbahnrechnung 2006 – Gemäss den provisorischen Resultaten für das Jahr 2006 der vom Bundesamt für Statistik (BFS) publizierten Strassenrechnung der Schweiz erreicht der Kostendeckungsgrad des privaten Motorfahrzeugverkehrs 118 Prozent und dessen Eigenwirtschaftlichkeitsgrad 115 Prozent. Laut der ebenfalls vom BFS veröffentlichten definitiven Schweizerischen Eisenbahnrechnung 2006 weisen die Eisenbahnen einen Kostendeckungsgrad von gut 104 Prozent aus. Das sind rund fünf Prozent mehr als im Jahr 2005. Werden die Abgeltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden für die ungedeckten Kosten des Verkehrsangebots sowie die Leistungen an die Infrastruktur ausgeklammert, beträgt der Kostendeckungsgrad noch rund 74 Prozent. Der Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von nur gut 43 Prozent macht deutlich, dass die Eisenbahnen die Volkswirtschaft sehr viel kosten. Sowohl in der Strassen- als auch in der Eisenbahnrechnung sind die so genannt externen Kosten – im Gegensatz zur Transportkostenrechnung (Trakos) – nicht berücksichtigt.
(NZZ 02.05.08; BFS-Unterlagen 30.04.08)

29.04. IG Innenstadtverkehr macht gegen Road Pricing mobil – Eine Interessengemeinschaft (IG) Innenstadtverkehr, unter anderem bestehend aus Wirtschafts- und Gewerbe- und Detailhandelsverbänden sowie mehreren Innenstadtorganisationen, bekämpft die Einführung von Road-Pricing-Modellen in der Schweiz. Diese kommen gemäss dem Bündnis einer wirtschaftsfeindlichen Abriegelung der Innenstädte gleich. Um Strassenzölle zu verhindern, würde auch das Referendum ergriffen, sollte die entsprechende Gesetzesvorlage die eidgenössischen Räte passieren.
(SDA-Meldung 29.04.08; Medienmitteilung IG Innenstadtverkehr 29.04.08)

29.04. Rund 1,7 Milliarden Frank für Bahntechnik am Gotthard – Der Einbau der Bahntechnik, also der Schienen und der Anlagen für Strom, Sicherheit sowie Elektrik, in den Gotthardbasistunnel (GBT) der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (Neat) beginnt nach dem Sommer 2009. Die Alptransit Gotthard AG und die aus vier Firmen bestehende Arbeitsgemeinschaft Transtec haben dazu den Werkvertrag unterzeichnet. Mit einem Auftragsvolumen von rund 1,7 Milliarden Franken ist es der grösste Vertrag der Alptransit. Der GBT soll gemäss Alptransit Ende 2017 in Betrieb genommen werden. Als grösste Herausforderung für die kommenden Jahre bezeichnete Alptransit-Chef Renzo Simoni den Bereich zwischen Faïdo und Sedrun. Dabei müssten die Störzone Piora-Mulde und 2'000 Meter Gestein über dem Tunnel bewältigt sowie die Staumauer

von Santa Maria unterfahren werden.
(NZZ 30.04.08)

**28.04. Ständerat spricht sich gegen Road-Pricing-Versuche aus – Die Kleine Kammer hat als Erstrat die Legislaturplanung des Bundesrats für die Jahre 2007 bis 2011 behandelt. Die politischen Leitlinien und Zielsetzungen, die die Landesregierung formuliert und zu denen sie rund 70 geplante Gesetze und Massnahmen zugeordnet hat, gelten als eine Art Absichtserklärung. Von der darin festgeschriebenen Ermöglichung von Road-Pricing-Versuchen in Städten und Agglomerationen hält der Ständerat nun nichts. Mit Stichentscheid des Präsidenten Christoffel Brändli (svp, GR) strich das „Stöckli“ diese Versuche aus den bundesrätlichen Legislaturzielen. Namens der vorberatenden Kommission hielt Ständerat Eugen David (cvp, SG) fest, dass Strassenzölle in der kleinräumigen Schweiz keinen Sinn ergeben. Auch sei man grundsätzlich gegen neue Abgaben im Verkehrsbereich. Andere Votanten machten geltend, dass die Technologie für Strassenzölle hohe Kosten verursacht und die uneingeschränkte Erreichbarkeit ebenfalls ein wichtiger Standortvorteil ist.
(NZZ 29.04.08; „Blick“ 29.04.08; BaZ 29.04.08; SDA-Meldung 28.04.08)**

**28.04. Rola wieder in Betrieb – Seit heute Abend verkehren wieder bis zu 18 von 22 vorgesehenen Huckepackzügen pro Tag auf dem Korridor von RAlpin zwischen Freiburg im Breisgau (D) und Novara (I). Bei Kontrollen des gesamten Rollmaterials wurden keine weiteren Schäden festgestellt. Die Ursache für die gefundenen Unregelmässigkeiten auf den Radoberflächen einzelner Wagen der Rollenden Landstrasse (Rola) konnte gemäss RAlpin nicht abschliessend eruiert werden. Dass dafür die Gleise verantwortlich sein könnten, sei nicht ganz auszuschliessen.
(NZZ 30.04.08; News 30.04.08; SDA-Meldung 29.04.08)**

**22.04. Gute Noten für Schweizer Strassentunnels – Im Jahr 2008 sind beim European Tunnel Assessment Programme (EuroTAP) in elf europäischen Ländern 31 Tunnels, darunter fünf in der Schweiz, getestet worden. Die bei diesem jüngsten Sicherheitscheck inspizierten Schweizer Strassentunnels haben fast ausschliesslich gut abgeschnitten. Die schlechtesten Noten erhielten erneut die italienischen Tunnels. Bis ins Jahr 2015 werden 280 Kilometer oder rund ein Siebtel des schweizerischen Nationalstrassennetzes unterirdisch verlaufen, was die Bedeutung der Tunnelsicherheit unterstreicht. Auslöser für zahlreiche Offensiven zur Verbesserung der Tunnelsicherheit war das Jahr 1999 mit den beiden verheerenden Brandkatastrophen in den Strassentunnels Tauern (A) und Mont Blanc (F) mit insgesamt 51 Todesopfern.
(NZZ 23.04.08; AR 23.04.08; AP-Meldung 22.04.08; TCS-Medienmitteilung 22.04.08)**

**22.04. Rola steht wegen Schäden an Rädern zum Teil still – Die Rollende Landstrasse (Rola) für den Transit von ganzen Lastwagen von Freiburg im Breisgau (D) bis Novara (I) steht still. Der Grund liegt in Schäden an den Radsätzen der Niederflur-Tragwagen der Betreiberin RAlpin. Diese Schäden waren bei einer Routinekontrolle festgestellt worden. Die nachfolgende Überprüfung brachte zu Tage, dass auch weitere Kompositionen betroffen sind. Der Rola-Betrieb wurde darauf in Absprache mit den beteiligten Bahnunternehmen eingestellt. Die Rola-Züge zwischen Basel und Lugano sowie Singen (D) und Lentate (I), die von der Firma Hupac betrieben werden, sind von diesen Defekten nicht betroffen.
(AP-Meldung 22.04.08)**

- 16.04. Bundesrat verabschiedet aktualisierte Nachhaltigkeitsstrategie** – Der Bundesrat hat den Bericht „Strategie Nachhaltige Entwicklung: Leitlinien und Aktionsplan 2008-2011“ gutgeheissen. Beim Bericht handelt es sich nach 1997 und 2002 um die dritte Nachhaltigkeitsstrategie. Diese führt die Bemühungen weiter, die weltweit vor 20 Jahren mit dem Bericht „Our common future“ der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung – nach deren Vorsitzenden auch „Brundtland-Bericht“ genannt – ihren Anfang nahmen. Die aktualisierte Strategie des Bundesrats gibt Antworten auf acht prioritäre Schlüsselherausforderungen. Der Aktionsplan seinerseits umfasst insgesamt 30 handlungsorientierte Massnahmen, so unter anderem ein Klimagesetz, eine Umweltetikette für Personenwagen oder eine Alpentransitbörse (ATB) für den alpenquerenden Strassengüterverkehr. Allerdings soll der Aktionsplan kein zusätzliches Aktivitätsprogramm des Bundes sein. Die Massnahmen stellen gemäss Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) Schwerpunktsetzungen oder Akzentverschiebungen der bestehenden Politiken in Richtung Nachhaltige Entwicklung dar. (ARE-Medienmitteilung 16.04.08)
- 15.04. Treibhausgasemissionen 2006 leicht tiefer als 2005** – Gemäss dem Bundesamt für Umwelt (Bafu) sind die schweizerischen Treibhausgasemissionen im Jahr 2006 verglichen mit 2005 um 0,6 Millionen auf insgesamt 53,2 Millionen Tonnen zurückgegangen. Dies, obwohl die Treibstoffemissionen leicht zugenommen haben, wozu insbesondere der Güterverkehr auf der Strasse beigetragen hat. Trotz des Rückgangs liegen die Treibhausgasemissionen noch immer 0,4 Millionen Tonnen über dem Stand des für das Erreichen der Kyoto-Vorgaben relevanten Jahres 1990. Aufgrund der getroffenen Reduktionsmassnahmen wird für die Periode bis 2012 eine Abnahme der effektiven Treibhausgasemissionen erwartet. Unter Einbezug Waldsenkenleistung und der zugekauften Emissionszertifikate wird die Schweiz das Kyoto-Ziel erreichen können. (NZZ 16.04.08; BAFU-Medienmitteilung 15.04.08)
- 09.04. Aufgabenüberprüfung: Bundesrat legt Stossrichtung fest** – Betreffend die Überprüfung der Bundesaufgaben bleibt es das erklärte Ziel, dass der Bundeshaushalt nicht mehr stärker wächst als die Wirtschaft. Die Gesamtzielvorgabe von ursprünglich acht Milliarden hat der Bundesrat allerdings auf 5,3 Milliarden Franken nach unten korrigiert. Davon müssen 2,3 Milliarden bis 2015 und weitere drei Milliarden Franken bis 2020 erbracht werden. Zur Erreichung dieser Zielwerte fasst der Bundesrat rund 50 Massnahmen ins Auge. Definitiv entschieden ist aber noch nichts; die Vorschläge sind erst noch zu konkretisieren, vertieft zu prüfen sowie zu quantifizieren. Im Verkehrsbereich betrifft dies unter anderem die Etappierung des Nationalstrassen(aus)baus, die Etappierung von Neuinvestitionen in die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs sowie im regionalen Personenverkehr die Umstellung von Bahn auf Bus bei schlecht frequentierten Bahnlinien. Die konkretisierten Massnahmenvorschläge sollen im Herbst 2008 zu einem Aktionsplan zusammengefügt und den Kantonen, Parteien und weiteren interessierten Organisationen im Rahmen eines „Politischen Dialogs“ zur Stellungnahme unterbreitet werden. Gestützt auf die Ergebnisse dieses Dialogs wird der Bundesrat Anfang 2009 über die Umsetzung der einzelnen Massnahmenvorschläge beschliessen. (NZZ 10.04.08; EFD-Medienmitteilung 09.04.08)

- 08.04. Einsprachenflut wegen LSVA-Erhöhung** – Die Oberzolldirektion (OZD) wird derzeit mit Einsprachen gegen die Erhöhung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) eingedeckt. Der Schweizerische Nutzfahrzeugverband (Astag) erachtet die LSVA-Erhöhung als rechtswidrig und hatte deshalb allen Fahrzeughaltern empfohlen, den Rechtsweg zu beschreiten. Die Astag will drei Pilotprozesse, wenn nötig bis zum Bundesgericht, führen.
(AP-Meldung 08.04.08)
- 07.04. Bahngrossprojekte kommen gut voran** – Erstmals hat das Bundesamt für Verkehr (BAV) die jährlich erscheinenden Standberichte zur Bahn 2000, Hochgeschwindigkeitsanschluss der Schweiz, Lärmsanierung und ETCS (European Train Control System) sowie den Neat-Standbericht über das zweite Halbjahr 2007 gleichzeitig veröffentlicht. Gemäss diesen Berichten kommen die Eisenbahngrossprojekte gut voran. Betreffend die Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (Neat) waren beim Gotthard-Basistunnel (GBT) Ende 2007 rund 107 Kilometer oder 70 Prozent aller Vortriebe der insgesamt 153,5 Kilometer Tunnel, Schächte und Stollen ausgeführt. Für den GBT wird die Aufnahme des fahrplanmässigen Betriebs auf Dezember 2017 prognostiziert, für den Ceneri-Basistunnel (CBT) auf Dezember 2019. Die Endkostenprognose für die Neat liegt gemäss BAV unverändert bei knapp 20 Milliarden Franken.
(BAV-Medienmitteilung 07.04.08)
- 07.04. Luftqualität im Jahr 2007 leicht besser** – Gemäss dem Bundesamt für Umwelt (Bafu) hat die Auswertung der 16 Station von Nabel (Nationales Beobachtungsnetz für Luftfremdstoffe) ergeben, dass die günstigen Witterungsbedingungen im Jahr 2007 für leicht bessere Luftqualität als im Jahr 2006 gesorgt haben. Trotzdem sei die Luft in der Schweiz auch 2007 klar über den Grenzwerten belastet gewesen. Der Feinstaub-Grenzwert z.B. sei an bis zu 44 Tagen überschritten worden.
(20minuten 08.04.08; BAFU-Medienmitteilung 08.04.08)
- 06.04. Streik im SBB-Industriewerk in Bellinzona vor dem Ende** – Ab Mitte Woche soll in den SBB-Werkstätten in Bellinzona (TI) wieder gearbeitet werden. Die Streitparteien haben sich bei Gesprächen unter der Leitung von Bundesrat Moritz Leuenberger auf so genannt ergebnisoffene Verhandlungen geeinigt. Die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) ziehen dabei ihre Sanierungsmassnahmen zurück. Von einer definitiven Lösung im Konflikt um die Zukunft des Industriewerks von SBB Cargo ist man allerdings noch weit entfernt. In den kommenden zwei Monaten soll in den Verhandlungen am Runden Tisch nach zukunftsfähigen Lösungen gesucht werden.
(NZZ 07.04.08 und 08.04.08; BaZ 07.04.08; NZZ am Sonntag 06.04.08)
- 04.04. Klima-Initiative ist zustande gekommen** – Die Eidgenössische Volksinitiative „für ein gesundes Klima“ ist mit rund 115'700 gültigen Unterschriften formell zustande gekommen. Das Volksbegehren verlangt insbesondere, dass die Menge der landesweiten, vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Stand von 1990 um mindestens 30 Prozent abnimmt.
(Medienmitteilung Bundeskanzlei 04.04.08; BBl 2008 S. 2579)
- 04.04. Klimagespräche in Bangkok zu Ende gegangen** – Am ersten Vorbereitungstreffen der Uno-Klimakonvention nach dem Klimagipfel auf Bali (Indonesien) wurden erste Eckpunkte eines künftigen Klimaabkommens zur Nachfolge des Kyoto-Protokolls

festgelegt. Die Verhandlungsparteien kamen insbesondere überein, dass die flexiblen Mechanismen weiterhin Bestand haben sollen. Damit können auch über das Jahr 2012 sowie über die Landesgrenzen hinaus Klimaschutzprojekte umgesetzt und Emissionsguthaben gehandelt werden. Ferner sollen der Einbezug des Flugverkehrs und der Schifffahrt in das neue Klimaabkommen diskutiert werden. Nicht zuletzt sollen Massnahmen in der Wald- und Landbewirtschaftung (Stichwort „Kohlenstoffsenken“) über das Jahr 2012 hinaus an Reduktionsziele angerechnet werden können.
(Energie-Report 14/08)

**02.04. SBB mit mässigem Gewinn im Jahr 2007 – Die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) haben ihre Transportleistungen im Jahr 2007 weiter gesteigert: Im Personenverkehr beförderten sie rund 307 Millionen Passagiere, fast acht Prozent mehr als 2006. Die Zahl der Tonnenkilometer ist um gut acht Prozent auf knapp 13,4 Milliarden gestiegen. Mit diesem Zuwachs nicht Schritt gehalten hat indes das finanzielle Ergebnis: Immerhin resultierte trotz des Verlusts von gut 190 Millionen Franken bei SBB Cargo unter dem Strich ein Gewinn von gut 80 Millionen Franken. Dieses Plus fiel allerdings um über zwei Drittel geringer aus als 2006. Allerdings gilt es dabei stets zu berücksichtigen, dass der Staat die SBB massiv subventioniert: Vom Gesamtertrag in der Höhe von rund acht Milliarden Franken entfielen 2007 mehr als zwei Milliarden oder 26 Prozent auf Staatsbeiträge, die primär der Bund bezahlt. Das zweite grosse Sorgenkind der SBB ist nebst dem Güterverkehrsbereich die firmeneigene Pensionskasse. Gemäss SBB-Chef Andreas Meyer ist es denn auch sein dringendstes politisches Anliegen, die aufgrund der Entwicklungen an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten im Lauf des Jahres 2007 von 94,5 auf 92,4 Prozent weiter gesunkene Unterdeckung der SBB-Pensionskasse zu beseitigen.
(NZZ 03.04.08; BaZ 03.04.08)**

**31.03. Weltweite Klimapolitik nach 2012: Beginn der Detailverhandlungen – Heute fällt in Bangkok der Startschuss für die Detailverhandlungen über die internationale Klimapolitik nach 2012. Die fünftägige Konferenz bildet den Auftakt zu einer Reihe von Verhandlungstagungen, die im Dezember 2009 anlässlich der 15. Klimakonferenz in Kopenhagen in die Verabschiedung des künftigen Klimaregimes durch sämtliche Staaten münden soll. Gemäss dem im Dezember 2007 auf Bali (Indonesien) beschlossenen Verhandlungsfahrplan (so genannte Bali-Roadmap) werden die Gespräche alle Aspekte der Klimapolitik umfassen: Emissionsverringering, Anpassung, Technologietransfer sowie Finanzierung der Klimapolitik, insbesondere in den Ländern der Dritten Welt. Für das laufende Jahr sind drei weitere Tagungen geplant: eine im Juni in Bonn, eine weitere im Herbst und eine dritte im Dezember im polnischen Posen (14. Klimakonferenz). Der Bundesrat wird im Jahr 2008 Vorschläge in die Vernehmlassung geben, die die konkrete Ausgestaltung der schweizerischen Klimapolitik und der Reduktionsziele nach 2012 beinhalten.
(BAFU-Medienmitteilung 28.03.08)**

31.03. Axa Winterthur lanciert Crash Recorder für Junglenker – Der nach eigenen Angaben grösste Schweizer Motorfahrzeugversicherer Axa Winterthur bietet 18- bis 25jährigen Autolenkern eine offenbar weltweit einzigartige Innovation an: Wer sich einen Crash Recorder in sein Fahrzeug einbauen lässt, profitiert von 15 Prozent Rabatt auf der Versicherungsprämie und erhält gleichzeitig Rechtssicherheit im Schadenfall. Der Crash Recorder zeichnet bei einem Unfall Daten auf, die eine rasche, objektive, präzise

und mit wenig Aufwand verbundene Unfallrekonstruktion ermöglichen. Der Crash Recorder speichert nicht permanent Daten, sondern wird nur dann aktiv, wenn sich ein Unfall ereignet. Registriert werden verschiedene Messwerte wie z.B. Beschleunigung in Fahrt- und Querrichtung, kollisionsbedingte Geschwindigkeitsveränderung sowie Datum und Uhrzeit des Unfalls.

(AR 02.04.08; Medienmitteilung AXA Winterthur 28.03.08)

20.03. Schlussabstimmungen in den eidgenössischen Räten – Mit 94 zu 90 Stimmen bei zehn Enthaltungen (Nationalrat) und 30 zu neun Stimmen bei drei Enthaltungen (Ständerat) haben die eidgenössischen Räte den Bundesbeschluss, der Volk und Ständen die Ablehnung der Volksinitiative „Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – mehr Wachstum für die Schweiz!“ empfiehlt, angenommen. Ferner hat das Parlament mit hundert zu 92 Stimmen bei drei Enthaltungen (Nationalrat) und 41 zu null Stimmen (Ständerat) eine Revision des Strassenverkehrsgesetzes (Folgen in der Schweiz eines Führerausweisentzugs im Ausland) sowie mit 148 zu acht Stimmen (Nationalrat) und 41 zu null Stimmen das Bundesgesetz über die Ausrichtung von Finanzhilfen an das Verkehrshaus der Schweiz in Luzern gutgeheissen.
(NZZ 22./23.03.08; BBl 2008 S. 2265, 2309, 2331; AS 2008 S. 3517 und S. 3939)

19.03. Führerausweisentzug im Ausland hat Folgen in der Schweiz – Der Nationalrat ist beim Führerausweisentzug für Verkehrssünder im Ausland dem Ständerat gefolgt. Die Grosse Kammer hiess die vom „Stöckli“ eingefügte Verschärfung für Wiederholungstäter hauchdünn mit 89 zu 88 Stimmen gut. Das heisst konkret, dass die Dauer des Entzugs in der Schweiz nur bei nicht einschlägig Vorbestraften die im Ausland verfügte Entzugsdauer nicht überschreiten darf. Die Mehrheit der vorberatenden Nationalratskommission wollte generell festlegen, dass eine im Ausland erlassene Frist nicht überschritten werden kann.
(SDA-Meldung 19.03.08)

19.03. Ständerat beschliesst Erweiterung des SBB-Netzes im Südtessin – Die Kleine Kammer hat den Weg zur Erweiterung des SBB-Netzes im Süden des Kantons Tessin definitiv geebnet. Nach dem Ja zur Finanzierung einer Neubaustrecke zwischen Mendrisio und der Grenze zu Italien im Rahmen des Infrastrukturfonds hat der Ständerat nun auch den notwendigen Bundesbeschluss zur rechtlichen Absicherung des Projekts ohne Gegenstimme genehmigt. Die geplante Neubaustrecke ist rund 6,5 Kilometer lang. Sie soll auf italienischem Boden durch ein gut elf Kilometer langes Teilstück bis nach Varese ergänzt werden. Die Baukosten sind mit insgesamt 134 Millionen Franken veranschlagt; der Anteil für den Abschnitt auf italienischem Gebiet wird jedoch allein von Italien getragen.
(NZZ 20.03.08)

19.03. Gegen Aufhebung des Verbandsbeschwerderechts – Der Ständerat hat eine Standesinitiative des Kantons Zürich unter dem Titel „Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts“ mit 24 zu 13 Stimmen abgelehnt. Die Initiative sei unpräzise formuliert und bringe verglichen mit einer Aargauer Standesinitiative nichts Neues, hielt Hansheiri Inderkum (cvp, Uri) fest, der eine Subkommission leitet, die nach Möglichkeiten für Korrekturen am Verbandsbeschwerderecht sucht.
(NZZ 20.03.08)

- 19.03. Nationalrat heisst Spezialfinanzierung Luftverkehr gut –** Die Erträge aus der Besteuerung von Flugbenzin sollen künftig auch wieder dem Luftverkehr zugute kommen. Der Nationalrat hat einen neuen Verfassungsartikel mit entsprechender Zielsetzung mit 110 gegen 61 Stimmen genehmigt. Gemäss der neuen Bestimmung soll künftig die Hälfte des Reinertrags aus der Kerosinsteuer – analog der Besteuerung von Treibstoffen im Strassenverkehr – in die allgemeine Bundeskasse fliessen. Die andere Hälfte in der Höhe von derzeit rund 44 Millionen Franken pro Jahr hingegen soll nicht mehr wie bis anhin für Massnahmen im Strassenverkehr, sondern neu für Umwelt- sowie nicht hoheitliche Sicherheitsaufgaben im Bereich des Luftverkehrs verwendet werden. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.
(NZZ 20.03.08; AP-Meldung 20.03.08)
- 19.03. Dringliche Debatte zu SBB Cargo im Nationalrat –** Im Rahmen einer dringlichen Debatte in der Grossen Kammer zur Situation von SBB Cargo hat der zuständige Bundesrat Moritz Leuenberger festgehalten, dass die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) bereit seien, ohne Vorbedingungen über die Restrukturierung der defizitären Güterbahn zu sprechen und Alternativen zu den früheren Beschlüssen zu prüfen. Eine Sanierung allerdings sei unumgänglich.
(NZZ 20.03.08)
- 19.03. Anzahl der Ausweisentzüge 2007 leicht gesunken –** Gemäss den neuesten Zahlen aus dem Administrativmassnahmenregister (Admas) des Bundesamts für Strassen (Astra) haben im Jahr 2007 in der Schweiz gut 72'000 Personen ihren Führerausweis abgegeben. Das sind 148 weniger als 2006. Hauptgründe für den Ausweisentzug waren wiederum das Überschreiten der Höchstgeschwindigkeit sowie Alkohol am Steuer. In absoluten Zahlen sind die Ausweisentzüge in der Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen am höchsten. Prozentual am stärksten gestiegen ist die Anzahl Entzüge in der Altersgruppe der über 70-Jährigen.
(NZZ 20.03.08; ASTRA-Medienmitteilung 19.03.08)
- 18.03. Langfristige Sicherung der Hartgesteinsversorgung für den Verkehr –** Hartgesteine sind für den Bau und Unterhalt der schweizerischen Verkehrsinfrastrukturen von zentraler Bedeutung. Jährlich werden rund 600'000 Tonnen für Bahnschotter und rund 800'000 Tonnen für Strassendeckbeläge benötigt. Dies macht deutlich, dass das schweizerische Strassen- und Bahnnetz auf eine nachhaltige Versorgung mit Hartgestein angewiesen ist. Weil dazu eine überkantonale Koordination erforderlich ist, will der Bund den Sachplan Verkehr diesbezüglich ergänzen. Er hat zu diesem Zweck einen entsprechenden Entwurf in die Mitwirkung gegeben.
(ARE-/BAFU-Medienmitteilung 18.03.08; BBl 2008 S. 2536)
- 16.03. Weniger Besucher am Genfer Automobilsalon –** Der 78. Internationale Automobilsalon in Genf, der heute zu Ende gegangen ist, hat gut 714'000 Eintritte verzeichnen können. Das sind rund 16'000 Besucherinnen und Besucher weniger als im Jahr 2007. Das von den Organisatoren gesteckte Ziel von 700'000 Eintritten wurde dennoch erreicht.
(NZZ 17.03.08)
- 13.03. Knappes Nein zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts –** Der Nationalrat hat die Eidgenössische Volksinitiative „Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der

Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz!“ mit 88 zu 84 Stimmen knapp abgelehnt. Bemerkenswert waren dabei die zwölf Enthaltungen aus dem bürgerlichen Lager. Eine parlamentarische Initiative, die das Verbandsbeschwerderecht (VBR) gänzlich abschaffen wollte, verwarf die Grosse Kammer mit 104 zu 80 Stimmen. Mit klarem Mehr bzw. ohne Gegenantrag unterstützt wurden im Nationalrat hingegen zwei Kommissionsmotionen für eine stärkere Gewichtung von Kriterien der Wirksamkeit und Effizienz im Umweltrecht sowie für die Koordination von Raumplanung und Umweltschutz. Mit diesen und weiteren Anliegen befasst sich bereits die Rechtskommission des Ständerats mit dem Ziel, möglichst bald entsprechende Gesetzesentwürfe vorzulegen, so dass die Urheber der Volksinitiative diese beim Entscheid, ob sie ihr Begehren zurückziehen wollen oder nicht, noch berücksichtigen können. (NZZ 14.03.08; BaZ 14.03.08)

12.03. Ausweisentzug im Inland nach Verkehrsdelikten im Ausland – Als Zweitrat hat der Ständerat ohne Gegenstimme eine Revision des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) gutgeheissen, wonach Verkehrssünder, die im Ausland den Führerausweis verlieren, auch in der Schweiz kein Motorfahrzeug mehr lenken dürfen. Mit 94 zu 72 Stimmen hatte der Nationalrat dieser Vorlage vor zwei Tagen bereits zugestimmt. Wegen einer kleinen Differenz geht das Geschäft nun noch einmal zurück in die Grosse Kammer. (NZZ 13.03.08 und 11.03.08)

11.03. Verkehrshaus der Schweiz erhält Finanzhilfen für die Jahre 2008-2011 – Das Verkehrshaus der Schweiz (VHS) in Luzern erhält in den Jahren 2008 bis 2011 insgesamt 5,32 Millionen Franken vom Bund. Der Ständerat hat sowohl dem Rahmenkredit als auch der neuen Gesetzesgrundlage, die vom Nationalrat bereits genehmigt worden waren, zugestimmt. Die Begeisterung für das VHS wurde von links bis rechts geteilt. (Amtliches Bulletin 11.03.08; NZZ 06.03.08)

07.03. SBB Cargo schreibt tiefrote Zahlen – Die staatliche Güterbahn SBB Cargo weist für das Jahr 2007 bei einem Gesamtertrag von 1,3 Milliarden Franken einen operativen Verlust von fast 88 Millionen Franken aus. Unter Einbezug von Rückstellungen in der Höhe von gut 102 Millionen Franken für die SBB Cargo sogar ein Rekorddefizit von rund 190 Millionen Franken ein. Das massive Defizit kam trotz guter Konjunktur sowie schwachem Franken zustande und obwohl auf SBB Cargo die Transportleistung um 8,3 Prozent auf 13,4 Milliarden Tonnenkilometer hat steigern können. In der Schweiz kann die Güterbahn mit einem Verlust von sieben Millionen Franken ein annähernd ausgeglichenes Ergebnis vorweisen. Im internationalen Geschäft hingegen resultierte bei einem Ertrag von rund 600 Millionen Franken ein Verlust von 47 Millionen Franken – weitere 35 Millionen verlor SBB Cargo im Geschäftsbereich Instandhaltung. Der Verwaltungsrat der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) hat für die Tochterfirma nun ein Sanierungspaket von jährlich 70 Millionen Franken beschlossen. Dabei sollen total 675 von insgesamt über 4'450 Stellen bei SBB Cargo abgebaut werden. Von diesen 675 Vollzeitstellen werden allerdings 74 in den Personenverkehr und 200 in ein neu zu gründendes Gemeinschaftsunternehmen ausgelagert, so dass per Saldo noch rund 400 Stellen gestrichen werden. Entlassungen wird es aber keine geben: Der SBB-Gesamtarbeitsvertrag schliesst solche aus. (NZZ 08./09.03.08; BaZ 08.03.08; „Blick“ 08.03.08; SBB-Medienmitteilung 07.03.08)

- 07.03. LSVA-Schuldner werden härter angepackt – Der Bundesrat will die Verfahren zum rechtmässigen Bezug der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) verbessern und zahlungsunwillige Transporteure strenger in die Pflicht nehmen. Er hat entsprechende Änderungen in der Schwerverkehrsabgabeverordnung (SVAV) auf den 1. April 2008 in Kraft gesetzt. Konkret soll es den kantonalen Behörden künftig möglich sein, Kontrollschilder einzuziehen oder zu verweigern, bis offene Rechnungen beglichen sind und die Abgabepflicht damit erfüllt ist. Ferner ist bei Widerhandlungen gegen das Schwerverkehrsabgabegesetz (SVAG) neu der Zoll anstelle der Kantone für die Strafverfolgung zuständig.
(NZZ 08./09.03.08; SDA-Meldung 07.03.08; EFD-Medienmitteilung 07.03.08)**
- 06.03. Eröffnung des 78. Internationalen Automobilsalons – Heute hat der 78. Internationale Automobilsalon in Genf offiziell seine Tore geöffnet. Noch nie zuvor standen in den Palexpo-Hallen beim Flughafen so viele Autos nebeneinander, die sich punkto Motorisierung, Design, Technik und Zielpublikum derart stark voneinander unterscheiden. Unübersehbar ist zudem, dass sich praktisch alle Anbieter um sparsame und umweltfreundliche Antriebe und Bauformen bemühen. 17 von insgesamt 94 Welt- und Europapremieren dürfen am diesjährigen Salon offiziell ein ökologisches Etikett tragen. Rund 260 Aussteller präsentieren tausend Marken aus 30 Ländern. Die Organisatoren erwarten während den elf Publikumstagen wiederum über 700'000 Besucherinnen und Besucher.
(NZZ 07.03.08 und 11.03.08; Medienmitteilung Automobilsalon 20.02.08)**
- 05.03. Keine Mehrwertsteuer auf Tunnelgebühr am Grosse St. Bernhard – Der Ständerat hat als Zweitrat ohne Gegenstimme beschlossen, dass auf den Tunnelgebühren für die Durchfahrt des Strassentunnels am Grosse St. Bernhard die Mehrwertsteuer nicht erhoben wird.
(Amtliches Bulletin 05.03.08)**
- 02.03. Temporeduktion im Tessin wieder aufgehoben – Nachdem sich die Luftqualität verbessert hat, haben die Tessiner Behörden die sechs Tage dauernde Tempo-80-Limite auf den Autobahnabschnitten im Sottoceneri wieder aufgehoben.
(NZZ 03.03.08; AP-Meldung 02.03.08)**
- 29.02. Klima-Initiative eingereicht – Heute ist in Bern die eidgenössische Volksinitiative „Für ein gesundes Klima“ mit rund 152'000 Unterschriften, von denen gut 117'000 beglaubigt sind, eingereicht worden. Das in nur neun Monaten zustande gekommene Volksbegehren verlangt von Bund und Kantonen eine wirksame Klimapolitik. Die Treibhausgasemissionen im Inland seien gemessen am Stand von 1990 um mindestens 30 Prozent zu reduzieren, und zwar bis 2020. Dies soll durch die Einführung einer CO₂-Abgabe auf Treibstoffen, durch einen sorgfältigen Umgang mit Energiereserven sowie durch den Einsatz erneuerbarer Energien erreicht werden.
(NZZ 01./02.03.08; BaZ 01.03.08; tagesanzeiger.ch 29.02.08)**
- 28.02. Autoversicherung: Axa Winterthur lanciert ein neues Öko-Angebot – Der Versicherungskonzern Axa Winterthur lanciert für so genannte Öko-Fahrer ein neues Modell: Auf Autos, die weniger als 140 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstossen, erhalten Kunden bis zu 20 Prozent Rabatt. Dabei spielt die Motoren- oder Treibstoffart keine Rolle. Eine ähnliche Autoversicherung bietet für seine Mitglieder bislang nur der Verkehrsclub der Schweiz (VCS) in Zusammenarbeit mit der Zürich Versicherungsgesellschaft an.**

Die übrigen Anbieter haben die Rabatte an die Antriebsart wie Hybrid oder Erdgas gebunden. Nicht zuletzt können bei Axa Winterthur Junglenker unter 25 Jahren ab Ende März 2008 auch durch den Einbau einer so genannten Blackbox Prämien sparen. („punkt ch“ 29.02.08; Medienmitteilung Axa Winterthur 08.05.08)

26.02. Aus einer BLS werden zwei – Der Bundesrat hat entschieden, die Konzession der BLS für die Lötschberg–Simplon-Achse bis 2020 zu verlängern. Bedingung war die Ausgliederung der Bahninfrastruktur in eine separate, vom Bund beherrschte Gesellschaft, die BLS Netz AG. Diese Überführung wird nun per 1. Januar 2009 vollzogen. Zu diesem Zweck werden frühere Darlehen für den Ausbau der BLS-Bergstrecke auf Doppelspur und den Huckepackkorridor sowie die Lötschberg-Basisstrecke – insgesamt über fünf Milliarden Franken – in Aktienkapital umgewandelt; daran wird der Bund mindestens 50,1 Prozent halten. Die eidgenössischen Räte und der Grosse Rat des Kantons Bern hatten dafür die rechtlichen und politischen Voraussetzungen geschaffen. (NZZ 27.02.08)

25.02. Steigender Treibstoffverbrauch in der Schweiz – Gemäss Erdöl-Vereinigung (EV) hat der Absatz der wichtigsten Mineralölprodukte in der Schweiz im Jahr 2007 rund 10,4 Millionen Tonnen betragen, was einem Rückgang von zehn Prozent verglichen mit 2006 entspricht. Dies deshalb, weil der Verkauf von Heizöl um über ein Viertel auf 3,63 Millionen Tonnen abnahm. Demgegenüber hat der Treibstoffverbrauch 2007 um fast drei Prozent auf 6,76 Millionen Tonnen zugelegt. Während sich dabei die rückläufige Nachfrage nach Autobenzin auch 2007 fortsetzte (minus ein Prozent), stieg der Dieserverbrauch um gut sieben Prozent auf rund zwei Millionen Tonnen an. Seit 1990 erhöhte sich der Verbrauch von Benzin und Diesel in der Schweiz um durchschnittlich 0,8 Prozent pro Jahr. Die Zunahme beim Treibstoffverbrauch lag 2007 also deutlich über dieser langfristigen Zuwachsrate. Zwei Sonderfaktoren dürften dafür verantwortlich sein: Einerseits liess das Wirtschaftswachstum den Warentransport auf der Strasse anschwellen; andererseits förderte die wachsende Differenz gegenüber den höheren Treibstoffpreisen in den benachbarten Staaten den so genannten Tanktourismus in die Schweiz. (NZZ 26.02.08; BaZ 26.02.08; SDA-Meldung 25.02.08; EV-Medienmitteilung 25.02.08)

25.02. Wintersmog: Kanton Tessin erlässt Tempobeschränkung – Der Kanton Tessin hat aufgrund der schlechten Luftqualität (hohe Feinstaubbelastung) eine Tempobeschränkung auf der Autobahn erlassen. Im Sottoceneri darf bis auf weiteres nur noch mit maximal 80 Stundenkilometer gefahren werden. Diese Tempolimite gilt für die Autobahn A2 auf dem 30 Kilometer langen Abschnitt zwischen dem Tunnel Dosso die Taverne bei Lugano und Chiasso sowie auf der Halbaubahn zwischen Mendrisio und dem Grenzübergang Gaggiolo. Für Lastwagen herrscht auf diesen Strecken Überholverbot.

In einer Medienverlautbarung hatte strasseschweiz Temporeduktionen auf Autobahnen und -strassen als lufthygienische Massnahme zur Bekämpfung erhöhter Feinstaubkonzentrationen als wirkungslos bezeichnet, da die Ursachen nach neuen Erkenntnissen meist meteorologisch und nicht durch zusätzliche menschengemachte Emissionen bedingt sind.

(SDA-Meldung 25.02.08; Medienmitteilung strasseschweiz 15.02.08)

- 24.02. Swiss-Moto 2008 mit neuem Besucherrekord – Knapp 63'000 Personen haben die Swiss-Moto 2008 besucht. Das sind rund 2'000 Eintritte mehr als im Jahr 2007 und bedeuten einen neuen Besucherrekord.
(Medienmitteilung Swiss-Moto 24.02.08)**
- 22.02. Mehr Strassengüterverkehr durch die Schweizer Alpen – Gemäss dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) hat der alpenquerende Güterverkehr durch die Schweiz im Jahr 2007 um 3,5 Prozent auf fast 40 Millionen Tonnen zugenommen. Davon wurden 64 Prozent per Bahn transportiert. Das sind zwei Prozent weniger als 2006. Dies deshalb, weil die Strasse 2007 aufgrund der guten Konjunktur in Europa um zehn Prozent zulegen konnte. Punkto Anzahl Lastwagenfahrten verzeichneten die vier Alpenpässe (Gotthard, San Bernardino, Simplon und Grosser St. Bernhard) eine Zunahme von insgesamt sieben Prozent auf 1,263 Millionen Fahrten. Dabei erfuhr allein der Gotthard 2007 eine sehr deutliche Steigerung von 12,6 Prozent. Wechselkursbedingt hat sich der Transit durch die Schweiz für ausländische Lastwagen um 16 bis 19 Franken verbilligt.
(NZZ am Sonntag 24.02.08; NZZ 23./24.02.08 und 08.02.08; UVEK-Medienmitteilung 22.02.08)**
- 21.02. Vorläufig keine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen – Im Rahmen seiner Strategie für die künftige Klima- und Energiepolitik der Schweiz hat der Bundesrat beschlossen, in den nächsten Jahren keine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen einzuführen. Im Gegensatz zu den Kyoto-Zielvorgaben werden die Ziele des CO₂-Gesetzes für den Treibstoffbereich bislang zwar nicht erfüllt, trotzdem zieht der Bundesrat die Stärkung des freiwilligen Klimarappens der Erhebung einer CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel vor. Grundsätzlich will sich der Bundesrat in der Klimapolitik an der Europäischen Union (EU) orientieren und den Ausstoss von Treibhausgasen bis 2020 um mindestens 20 Prozent gemessen am Stand von 1990 senken. Der Verbrauch fossiler Energien soll entsprechen diesem Klimaziel bis 2020 um ebenfalls 20 Prozent reduziert werden.
In zwei Medienverlautbarungen hat strasseschweiz den Entscheid des Bundesrats begrüsst und verlangt, dass auch nach Ablauf der Kyoto-Verpflichtungsperiode, also ab dem Jahr 2012, auf die untaugliche CO₂-Abgabe auf Treibstoffen verzichtet wird.
(NZZ 22.02.08; BaZ 22.02.08; UVEK-Medienmitteilung und -Faktenblätter 21.02.08; Medienmitteilung und Info strasseschweiz 21.02.08)**
- 21.02. 2,5 Milliarden Franken für die Nationalstrassen – Der Bund investiert im Jahr 2008 total rund 2,15 Milliarden Franken in die Autobahnen und -strassen: Für Ausbau und Unterhalt des bestehenden Nationalstrassennetzes haben die eidgenössischen Räte gemäss Bundesamt für Strassen (Astra) 1,18 Milliarden Franken bereit gestellt; in den Bau neuer Teilstücke sollen im Rahmen der Netzvollendung 965 Millionen Franken fliessen. Zu den Grossprojekten gehören dabei zwei neue Abschnitte auf der Autobahn A4 im Bereich der Kantonsgrenze zwischen Zug und Zürich sowie der Tunnel Zollhaus auf der Autostrasse 8 im Kanton Obwalden. Ende 2007 waren insgesamt fast 1'764 Kilometer Nationalstrassen in Betrieb. Dies entspricht gut 93 Prozent der geplanten Netzlänge.
(NZZ 23./24.02.08; ASTRA-Medienmitteilung 21.02.08)**
- 21.02. Bevölkerungswachstum infolge Einwanderung – Gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS) ist die Schweizer Wohnbevölkerung im Jahr 2007 um gut ein Prozent auf 7'591'400 Personen angewachsen. Das Plus von 82'700 Personen ist um rund 65 Prozent**

höher ausgefallen als in den Jahren zuvor. Den Ausschlag gab die Einwanderung. Nicht inbegriffen sind Personen mit Kurzaufenthaltsbewilligung (61'000) sowie Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene (40'700). Allein der Einwanderungsüberschuss und der Statuswechsel von Kurzaufenthaltern brachte einen Zuwachs um 68'500 Personen. Ein Leserbriefschreiber hat ausgerechnet, was die Zunahme der Wohnbevölkerung konkret bedeutet: zusätzlich eine Stadt grösser als St. Gallen; 3,6 Millionen Quadratmeter Wohnfläche verbaut; 33 Quadratkilometer Verkehrsfläche mehr beansprucht; drei Milliarden Kilowattstunden mehr Energiebedarf; 40'000 weitere Autos auf den Strassen; 28 Millionen Siedlungsabfall zusätzlich, usw. (NZZ 22.02.08 und 04.03.08; BFS-Medienmitteilung 21.02.08)

19.02. Schweizer Autobahnen sind die sichersten in Europa – Gemäss eines vom unabhängigen Europäischen Rat für Verkehrssicherheit (ETSC) aufgestellten Rankings sind die Schweizer Autobahnen die sichersten in Europa, und zwar mit durchschnittlich weniger als zwei Toten pro Milliarde gefahrener Autobahnkilometer. Am gefährlichsten sei das Befahren von Autobahnen in Ungarn und Slowenien, wo mehr als acht Tote je Milliarde zurückgelegter Kilometer gezählt wurden. (AP-Meldung 19.02.08)

19.02. Zahl der Strassenverkehrstoten 2007 leicht gestiegen – Die Zahl der Verkehrstoten hat erstmals seit vier Jahren wieder zugenommen. Gemäss der Schweizerischen Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) sind im Jahr 2007 auf Schweizer Strassen 384 Menschen (2006: 370; plus 4%) gestorben und 5'235 schwer verletzt worden (2006: 5'066; plus 3%). Auffällig sei dabei, dass bei den Getöteten insbesondere die Zahl der tödlich verunfallten Motorradfahrer um 19 Prozent (von 69 auf 82) zugenommen habe. Bei den Schwerverletzten steche vor allem der Anstieg der auf dem Zebrastreifen verunglückten Fussgänger ins Auge, nämlich plus 18 Prozent (von 284 auf 334) bzw. plus 34 Prozent seit 2003. In Bezug auf die beiden Hauptunfallursachen Geschwindigkeit und Alkohol sei die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten nochmals leicht zurückgegangen. Allerdings ist laut bfu der Effekt nach Einführung der 0,5-Promille-Grenze etwas verpufft. (NZZ 20.02.08; bfu-Medienmitteilung 19.02.08)

15.02. Absichtserklärung für raschen Ausbau der Bahnstrecke Zürich–München – Bundesrat Moritz Leuenberger hat in Memmingen (D) zusammen mit seinem deutschen Amtskollegen Wolfgang Tiefensee eine Absichtserklärung für die Elektrifizierung und den Ausbau der 160 Eisenbahnkilometer zwischen Lindau (D), Memmingen und Geltendorf (D) unterzeichnet. Der Gesamtaufwand dafür beläuft sich auf 205 Millionen Euro, von denen Bayern 55 Millionen und die Schweiz 50 Millionen vorfinanzieren. Die Fahrzeit zwischen Zürich und München soll von heute bis zu viereinhalb auf dreieinviertel bis dreieinhalb Stunden sinken. Auf schweizerischer Seite werden unter anderem Ausbauten zum Tragen kommen, die als Anschlüsse an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetze (HGV) vorgesehen sind. Wolfgang Tiefensee bekräftigte gegenüber Moritz Leuenberger zudem, dass der Ausbau der Zulaufstrecken zur Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (Neat) im deutschen Rheintal bis zur Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels abgeschlossen sein soll. (NZZ 16./17.02.08; BAV-Medienmitteilung 15.02.08)

- 14.02. Uvek verschärft Energieetikette für Neuwagen –** Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) verschärft per 1. Juli 2008 die Energieeffizienz-Kategorien der Energieetikette für neue Personenwagen. Dies erfolgt im Rahmen der periodischen Überprüfung (alle zwei Jahre), die gemäss Energieverordnung vorgeschrieben ist. Die aktuelle Anpassung ist technisch-mathematischer Natur und basiert auf dem aktuellen Datenstand der Typengenehmigungen. Damit soll garantiert werden, dass erneut nur ein Siebtel aller Neuwagenmodelle in die beste Effizienzklasse A fällt. Aufgrund der seit 2003 geltenden Energieetikette werden die Neufahrzeuge in sieben Effizienzklassen von A-G eingeteilt. Die Anpassung ist nun zum zweiten Mal fällig geworden. Im Rahmen seines Aktionsplans gegen Feinstaub will das Uvek die Energieetikette bis 2010 zu einer Umweltetikette entwickeln, die eine umfassende ökologische Differenzierung ermöglichen soll. Diese Umweltetikette könnte dann als Grundlage für ein Bonus-Malus-System bei den kantonalen Motorfahrzeugsteuern sowie der Automobil-Importsteuer des Bundes dienen. (SDA-Meldung 14.02.08; BFE-Medienmitteilung 14.02.08; AS 2008 S. 1721)
- 12.02. Milliardenüberschuss beim Bund –** Statt mit einem budgetierten Einnahmenüberschuss von 0,9 Milliarden schliesst die Finanzrechnung 2007 des Bundes mit einem Plus von 4,1 Milliarden Franken ab. Dieser Saldo resultiert aus Gesamteinnahmen von rund 58 Milliarden – 2,1 Milliarden höher als budgetiert – und Ausgaben von 54 Milliarden Franken. Letztere fallen damit um 1,1 Milliarden Franken tiefer aus als veranschlagt. Das gute Ergebnis ist primär auf Mehreinnahmen zurückzuführen: Die grössten positiven Abweichungen ergeben sich bei der Verrechnungssteuer sowie der direkten Bundessteuer. Aber auch auf der Ausgabenseite ist Positives zu vermerken, was gemäss dem zuständigen Bundesrat Hans-Rudolf Merz in erster Linie der gestiegenen Ausgabendisziplin beim Bund zu verdanken ist. Beim Verkehr waren die Ausgaben sogar rückläufig. Dank dem ausgezeichneten Rechnungsabschluss kann der Bund erneut einen substanziellen Beitrag zum Schuldenabbau leisten: Der vor allem in den 1990er Jahren massiv angewachsene Schuldenberg wird um 4,2 Milliarden abgetragen und beläuft sich dann noch auf 121 Milliarden Franken. (NZZ 13.02.08; EFD-Medienmitteilung 12.02.08)
- 12.02. 30 Agglomerationsprogramme zur Prüfung eingereicht –** Bis Ende 2007 sind beim Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) 30 Agglomerationsprogramme mit einem Gesamtvolumen von elf Milliarden Franken – wovon der Bund 6,5 Milliarden Franken übernehmen sollte – zur Prüfung eingereicht worden. Gestützt auf diese Prüfung wird der Bundesrat dem Parlament bis spätestens Ende 2009 eine Botschaft vorlegen. Es handelt sich um jene Programme, die ab 2011 den Fluss von Bundesmitteln auslösen sollen. Für Vorhaben innerhalb von Ballungsräumen stehen bereits 2,56 Milliarden Franken zur Verfügung. Damit unterstützt der Bund zur Hälfte dringliche Projekte, die baureif sind – so etwa das Tram Zürich-West und drei zentrale Ausbauten für die S-Bahnen in Zürich, Genf und im Tessin. Für die Jahre zwischen 2011 und 2018 werden weitere 3,44 Milliarden Franken bereit gestellt; diese Summe setzt der Bund ein, um zwischen 30 und 50 Prozent an weitere regionale Verkehrsbauten zu leisten. Voraussetzung für eine Bundesbeteiligung ist, dass die geplanten Projekte auf Agglomerationsprogrammen basieren, die Aufschluss über die gewählten Strategien zur Entwicklung von Siedlung und Verkehr geben. Dabei wertet das ARE insbesondere, ob Entwicklungsschwerpunkte mit guter Erschliessung vorgesehen sind, die Siedlungsentwicklung nach innen gefördert wird und den Aspekten der Verkehrssicherheit sowie einer mög-

lichst geringen Umweltbelastung ausreichend Rechnung getragen wird.
(NZZ 13.02.08; ARE-Medienmitteilung 12.02.08)

12.02. Zustandekommen einer neuen Umweltschutz-Initiative – Die Eidgenössische Volksinitiative „gegen masslosen Bau umwelt- und landschaftsbelastender Anlagen“, die von Helvetia Nostra lanciert wurde, ist am 18. Januar 2008 mit 106'098 gültigen Unterschriften zustande gekommen.
(BBl 2008 S. 1111)

11.02. Kein Recht auf saubere Luft – Sechs von der Umweltschutzorganisation Greenpeace unterstützte Privatpersonen sind mit ihrem Kampf für saubere Luft vor dem Bundesverwaltungsgericht erfolglos geblieben. Konkret hatten sie etwa eine Partikelfilterpflicht für Dieselfahrzeuge, die Einführung einer CO₂-Abgabe oder die Halbierung des Treibstoffverbrauchs bei Neuwagen bis 2010 verlangt. Weitere Forderungen betrafen unter anderem einen Baustopp für Strassen, Tempo-Reduktionen sowie die Abgabe von Schutzmasken.
(BaZ 12.02.08; SDA-Meldung 11.02.08)

01.02. Neue Kampagne von auto-schweiz – „Von B nach A in den besten Energiekategorien“: Unter diesem Titel hat auto-schweiz, die Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure, eine neue Informationskampagne lanciert, mit welcher die breite Öffentlichkeit für ein energieeffizientes und umweltschonendes Autofahren sensibilisiert werden soll. Ziel ist es, Frau und Herrn Schweizer dazu zu ermuntern, von älteren Autos mit hohen CO₂-Emissionen auf ein neues, energieeffizientes und dem heutigen Stand der Motorentechnik entsprechendes Fahrzeug umzusteigen – und zwar dem Klima zuliebe.
(Medienmitteilung auto-schweiz 01.02.08)

31.01. Bio-Treibstoffe ab Juli steuerlich begünstigt – Umweltschonende Treibstoffe werden in der Schweiz künftig steuerlich begünstigt oder ganz von der Mineralölsteuer befreit. Der Bundesrat hat die entsprechenden Verordnungen zum revidierten Mineralölsteuergesetz verabschiedet und die Gesetzesänderung auf den 1. Juli 2008 in Kraft gesetzt. Insbesondere hat die Landesregierung ökologische und soziale Mindestanforderungen an die jeweiligen Produktionsmethoden definiert. Die grösste Entlastung betrifft Produkte wie Biogas, Bioethanol und Biodiesel. Sie sollen gänzlich von der Mineralölsteuer befreit werden. Für Erd- und Flüssiggas wird die Steuer reduziert. Das Ziel dieser steuerlichen Lenkungsmassnahmen liegt darin, fossile flüssige Treibstoffe vermehrt durch Treibstoffe aus erneuerbaren Rohstoffen und Erdgas zu ersetzen. Vor allem Zuckerrohr und Raps sollen von einer Steuererleichterung profitieren, sofern der Nachweis einer positiven ökologischen Gesamtbilanz erbracht wird. Für Treibstoffe aus Palmöl, Soja und Getreide sollen in der Regel keine Steuerentlastungen gewährt werden.
(NZZ 01.02.08; BaZ 01.02.08; OZD-Medienmitteilung 31.01.08; AS 2008 S. 579-594, 693-698)

31.01. Bundesrat verabschiedet NSAG-Botschaft – Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen – kurz: Nationalstrassenabgabegesetz (NSAG) – ans Parlament verabschiedet. Die Abgabe beträgt unverändert 40 Franken pro Jahr; für diesen Betrag wird weiterhin eine Klebevignette abgegeben. Der Bussenbetrag wird von 100 auf 200 Franken verdoppelt. Grundlage

für die Erhebung der Nationalstrassenabgabe (Autobahnen und Autostrassen) bildet Artikel 86 Absatz 2 der Bundesverfassung (BV). Dieser Artikel wurde im Gegensatz zur alten BV bewusst weniger detailliert formuliert. Details sind auf Gesetzesstufe zu regeln. Das neue NSAG kommt diesem Auftrag nach und ersetzt unter anderem die Übergangsbestimmungen in der BV sowie die Nationalstrassenabgabe-Verordnung vom 26. Oktober 1994.

(NZZ 01.02.08; OZD-Medienmitteilung 31.01.08; BBl 2008 S. 1337-1360)

31.01. Zunahme der Verkehrstoten – Gemäss Touring Club der Schweiz (TCS) sind im Jahr 2007 auf Schweizer Strassen rund 400 Personen ums Leben gekommen. Dies entspricht einer Zunahme von acht Prozent gegenüber 2006. In der Westschweiz und im Tessin stieg die Zahl der Verkehrstoten verglichen mit 2006 sogar um 21 Prozent an. Erst wenn die definitiven Zahlen des Bundesamts für Statistik (BFS) vorliegen, lässt sich laut TCS eine vertiefte Analyse der Gründe für den Zuwachs der Verkehrstoten vornehmen.

(AR 06.02.08; NZZ 01.02.08; „punkt ch“ 01.02.08; TCS-Medienmitteilung 31.01.08)

29.01. TCS-Fussgängerstudie: Schweiz schneidet schlecht ab – Der Touring Club Schweiz (TCS) hat eine umfassende Analyse der Unfallstatistiken von zehn europäischen Ländern vorgenommen und ist zum Schluss gekommen, dass die Schweiz punkto tödlicher Unfälle auf Fussgängerstreifen eher schlecht abschneidet. Auch der prozentuale Anteil aller tödlich verunfallten Fussgänger ist gemessen an der Gesamtzahl der Verkehrstoten relativ hoch. Hinter Grossbritannien (21%) liegt die Schweiz (16,4%) diesbezüglich auf dem unrühmlichen zweiten Rang.

(TCS-Medienmitteilung 29.01.08; Touring 31.01.08; BaZ 05.02.08; „Blick“ 07.02.08)

27.01. Grüne Mittelstreifen auf Autobahnen verschwinden – Der Bund wird die begrünten Mittelstreifen auf den Schweizer Autobahnen in den kommenden Jahren entfernen. Im Zuge jeweiliger Sanierungsarbeiten werden die rund tausend Kilometer Buschwerk gerodet. Die Flächen werden asphaltiert und mit neuen Leitplanken versehen. Zum Teil können dadurch die Fahrspuren verbreitert werden. Weil heute die Fahrzeuge über bessere Schweinwerfer verfügen, wird der begrünte Mittelstreifen als Blendenschutz nicht mehr benötigt. Ausserdem ist es wegen des zunehmenden Verkehrs zu gefährlich geworden, das Buschwerk regelmässig zu pflegen.

(SoZ 27.01.08; SDA-Meldung 27.01.08)

25.01. Bund leistet Vorarbeit für Auto-Umweltetikette – Gemäss dem Bundesamt für Umwelt (Bafu) ist die Testphase der Kriterien für energieeffiziente und emissionsarme Fahrzeuge (KeeF) abgeschlossen. Diese Kriterien, mit denen eine umfassende ökologische Differenzierung dieser Fahrzeuge ermöglicht werden soll, dienen als Basis, um die heutige Energieetikette für neue Personenwagen in eine Umweltetikette weiter zu entwickeln. Berücksichtigt werden dabei die Aspekte Klima, Luftschadstoffe, Lärm und Treibstoffherstellung. Die Emissionen werden in Umweltbelastungspunkten bewertet. Die definitiven Kriterien sollen bis zirka Ende 2008 vorliegen; die Einführung der neuen Umweltetikette ist auf 2010 geplant. Die KeeF sind ein gemeinsames Projekt des Bafu und der Bundesämter für Strassen (Astra) sowie Energie (BFE). Die KeeF bilden eine der Massnahmen des Aktionsplans des Bundes gegen Feinstaub vom 16. Januar 2006.

(NZZ 26./27.01.08; BAFU-Medienmitteilung 25.01.08)

- 24.01. Hupac steigert Transportmenge um fast 13 Prozent – Das im kombinierten Verkehr tätige Schweizer Transportunternehmen Hupac wächst weiterhin: Im Jahr 2007 hat es fast 690'000 Lastwagensendungen auf der Schiene befördert. Das sind nahezu 13 Prozent mehr als 2006 und 92 Prozent mehr als vor fünf Jahren. Zugelegt hat vor allem der unbegleitete kombinierte Verkehr (UKV) mit einem Plus von gut 13 Prozent, wobei sich insbesondere die Verkehre im Hinterland der europäischen Häfen stark entwickelt haben. Im transalpinen Verkehr beträgt das Wachstum zehn Prozent. Die höchste Zuwachsrate verzeichnet allerdings der nicht-transalpine kombinierte Verkehr (KV) mit einer Steigerung von fast 22 Prozent gegenüber 2006. Bei der Rollenden Autobahn (Rola) fällt das Ergebnis mit minus drei Prozent negativ aus. Für den Zeitraum 2011-2018 sind laut Hupac Fördermittel in der Höhe von zwei Milliarden Franken erforderlich, um das ehrgeizige Verlagerungsziel zu erreichen. (Handelszeitung 06.-12.02.08; NZZ 25.01.08)**
- 23.01. Ökobonus bei neuen Personenwagen im Trend – Immer mehr Kantone setzen auf steuerliche Anreize für verbrauchsarme oder energieeffiziente Fahrzeuge. So hat der Kanton Tessin die Einführung eines Bonus-Malus-Systems bei der Motorfahrzeugsteuer, das auf die Energieetikette des Bundes abstellt, gutgeheissen. Die traditionell über Leistung und Gewicht ermittelte Steuer wird somit um einen ökologischen Faktor erweitert. Auch in den Kantonen Genf, Waadt, Graubünden und Basel-Stadt existieren bereits ökologisch motivierte Steuerreduktionen bzw. -befreiungen für besonders umweltfreundliche Neuwagen. In den kommenden Jahren wollen zudem die Kantone Thurgau, St. Gallen, Bern, Zürich und Zug Bonus-Malus-Systeme einführen. („punkt ch“ 30.01.08; „Bund“ 23.01.08; SDA-Meldung 01.02.08; NZZ 06.02.08)**
- 22.01. Strassenverkehrsunfälle kosten jährlich 6,5 Milliarden Franken – Gemäss einer von der Schweizerischen Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) in Auftrag gegebenen Studie „Volkswirtschaftliche Kosten der Nichtberufsunfälle in der Schweiz“ haben die Freizeitunfälle im Jahr 2003 materielle Kosten in der Höhe von gut 13 Milliarden verursacht; davon ist rund die Hälfte (6,5 Mia. Franken) auf Strassenverkehrsunfälle zurückzuführen. Besonders hoch sind Letztere bei einem Todesfall: im Durchschnitt 1,3 Millionen Franken pro getötetes Verkehrsoffer; pro Schwerverletzter sind es durchschnittlich 360'000 Franken. Mit der besagten Studie des Büros Ecoplan sind zudem erstmals überhaupt die gesamten volkswirtschaftlichen Kosten aller Nichtberufsunfälle inklusive immaterielle Kosten ermittelt worden – eine Berechnung, die bislang nur für den Strassenverkehr vorlag. Die materiellen und immateriellen Kosten zusammen betragen insgesamt rund 54,4 Milliarden Franken pro Jahr; davon ist rund die Hälfte (27,2 Mia. Franken) Unfällen in Haus und Freizeit zuzuschreiben, Verkehrsunfälle kosten die Volkswirtschaft jährlich gut 14 Milliarden und Sportunfälle gut 13 Milliarden Franken. (NZZ 23.01.08; bfu-Medienmitteilung 22.01.08; bfu-Report 2007)**
- 17.01. Gute Konjunkturlage schlägt sich auf Autoverkäufe nieder – In der Schweiz hat sich die gute Konjunkturlage im vergangenen Jahr auch auf die Autoverkäufe niedergeschlagen: 2007 wurden gemäss auto-schweiz, der Vereinigung der Schweizer Automobil-Importeure, insgesamt 284'674 Neuwagen in Verkehr gesetzt. Das sind fast sechs Prozent mehr als im Jahr 2006. Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) wurden 2007 allerdings etwas weniger, nämlich 283'972 Fahrzeuge neu in Verkehr gesetzt, was einem**

Zuwachs von fünf Prozent gegenüber 2006 entspricht. Damit konnte die Marke von 280'000 Neuimmatriculationen zum ersten Mal seit 2002 wieder übertroffen werden. Ein deutliches Plus verzeichneten im Jahr 2007 der Absatz von Diesel-Fahrzeugen sowie Wagen mit einem Allradantrieb. Der Anteil der dieselbetriebenen Fahrzeuge an der Gesamtzahl der verkauften Neuwagen lag bei 32,5 Prozent, wovon fast 85 Prozent mit einem Partikelfilter ausgerüstet waren. Laut auto-schweiz ist angesichts der anhaltenden Klimadebatte die Bereitschaft gewachsen, ein technisch fortschrittliches Auto zu kaufen. Die Zahl der in der Schweiz immatrikulierten Personenwagen ist im Jahr 2007 um 1,4 Prozent auf 3,956 Millionen Autos angestiegen. Total waren am 30. September 2007 in der Schweiz fast 5,2 Millionen Motorfahrzeuge immatrikuliert – 1,6 Prozent mehr als zum gleichen Stichtag 2006. Die Zahl der Last- und Lieferwagen nahm innert Jahresfrist um 3,4 Prozent auf gut 324'000 Fahrzeuge zu. Um 1,7 Prozent auf fast 620'000 stieg die Zahl der in Verkehr befindlichen Motorräder. (BaZ 29.01.08; NZZ 18.01.08 und 26./27.01.08; AP-Meldung 17.01.08; SDA-Meldung 25.01.08; Medienmitteilung auto-schweiz 17.01.08)

16.01. Neue Ausrüstungsvorschriften für Motorfahrzeuge – Im Interesse von Verkehrssicherheit und Umweltschutz hat der Bundesrat neue Vorschriften betreffend die Ausrüstung von Strassenfahrzeugen erlassen. Lastwagen sind ab dem Jahr 2009 verpflichtet, zusätzliche Spiegel zu montieren. Die Seitenspiegel sollen den so genannt toten Winkel des Blickfelds minimieren. Neu zugelassene Lastwagen müssen zudem ab Juli 2011 mit reflektierenden Klebebändern ausgestattet sein. Um die Verletzungsgefahr für Fussgänger und Radfahrer zu vermindern, dürfen ab Januar 2010 in der Schweiz an Personenwagen nur noch Frontschutzsysteme (so genannte Kuhfänger) angebracht sein, die den strengen Normen der Europäischen Union (EU) entsprechen. Damit soll die Verletzungsgefahr für Fussgänger und Zweiradfahrer vermindert werden. Für neu immatrikulierte Fahrzeuge gilt diese Vorschrift bereits ab Juli 2007. Ferner gelten für neu in Verkehr gebrachte leichte Motorwagen (z.B. Personenwagen) ab 2009/2011 die strengeren EU-Abgasnormen Euro 5 und ab 2014/2015 Euro 6. (NZZ 17.01.08; „Bund“ 17.01.08; ASTRA-Medienmitteilung 16.01.08; AS 2008 S. 355-370)

08.01. Alkoholkontrollen: Immer mehr Tests, aber praktisch konstante Deliktsquote – In der Schweiz hat die Zahl der Alkoholtests bei Verkehrskontrollen zugenommen: Seit der Einführung des Grenzwerts von 0,5 Promille (‰) und der Kontrollen ohne Anzeichen von Trunkenheit hat sich die Anzahl Alkoholtests im Jahr 2005 gegenüber früheren Jahren beinahe verdreifacht. Der Anteil Fahrzeuglenkende, die den Grenzwert erreichten oder überschritten (0,5‰ oder mehr), betrug neun Prozent. Obwohl der prozentuale Anteil der auf Alkohol getesteten Fahrzeuglenkenden mit einem Blutalkoholwert über der gesetzlichen Limite im Jahr 2007 (9%) verglichen mit 2005 (10%) sogar leicht rückläufig war, kann nicht auf eine Reduktion der absoluten Zahl der Fahrten unter Alkoholeinfluss geschlossen werden. Dies deshalb nicht, weil die Polizei mehr Personen ohne Anzeichen von Trunkenheit kontrollierte. Infolge dessen könnte die leicht geringere Deliktsquote nur auf die häufigeren Kontrollen und nicht auf eine Abnahme der Fahrten unter Alkoholeinfluss zurückzuführen sein. (AP-Meldung 08.01.08; BFS-Medienmitteilung 08.01.08)

strasseschweiz/pk; 08.12.2010

Stichwortverzeichnis 2008**08.12.2010**

Verkehr	(Datum)
Agglomerationsverkehr; Bundesrat schickt zweite Vorlage in die Vernehmlassung; 26 Agglomerationsprogramme für 2011-2014 im Umfang von 1,5 Mia. Franken	19.12.
Agglomerationsverkehr; Erweiterung des SBB-Netzes im Südtessin; Strecke Mendrisio–Varese; Nationalrat genehmigt entsprechenden Bundesbeschluss	10.06.
Agglomerationsverkehr; Erweiterung des SBB-Netzes im Südtessin; Strecke Mendrisio–Varese; Ständerat genehmigt entsprechenden Bundesbeschluss	19.03.
Agglomerationsverkehr; 30 Agglomerationsprogramme bis Ende 2007 beim ARE zur Prüfung eingereicht; Gesamtvolumen von 11 Mia. Franken	12.02.
Allgemeines; Starke Zunahme der ständigen Wohnbevölkerung im Jahr 2007; Definitive Zahlen des BFS liegen vor	28.08.
Allgemeines; Schweizer Wohnbevölkerung nimmt 2007 um gut ein Prozent auf rund 7,59 Mio. Einwohner zu; Wachstum infolge Einwanderung	21.02.
Automobilsalon; 714'000 Eintritte gezählt; 16'000 Besucherinnen und Besucher weniger als im Jahr 2007; Gestecktes Ziel trotzdem erreicht	16.03.
Automobilsalon; 78. Ausgabe in Genf offiziell eröffnet; Grosse automobile Bandbreite	06.03.
Automobilwirtschaft; Rund 285'000 Neuwagen im Jahr 2007 immatrikuliert; Zuwachs von fast sechs Prozent gegenüber 2006	17.01.
Autoversicherung; Axa Winterthur lanciert Crash Recorder für 18- bis 25jährige Junglenker; 15 Prozent Rabatt auf Versicherungsprämie	31.03.
Autoversicherung; Axa Winterthur lanciert neues Öko-Angebot; Bis zu 20 Prozent Rabatt für Autos von weniger als 140 Gramm CO ₂ -Ausstoss pro Kilometer	28.02.
Bahn 2000;	
Bahn 2030; Bundesrat führt erste Aussprache; Investitionen im Umfang von 12 bis 21 Mia. Franken geplant; Neue Finanzierungsquellen vorgeschlagen	19.12.
Bahnreform 2;	
EU;	
Gotthard-Strassentunnel; Mehrheit der Schweizer Bevölkerung befürwortet den Bau eine zweiten Röhre; Ergebnis einer repräsentativen Umfrage	10.08.
Gotthard-Strassentunnel; Sanierung wird gemäss ASTRA zehn Jahr früher als erwartet fällig; Totalsperrung während Bauarbeiten vonnöten	06.08.
Güterverkehr; Nationalrat und Ständerat heissen in der Schlussabstimmung die Güterverkehrsvorlage samt ATB gut	19.12.
Güterverkehr; Motion zur Neugestaltung des Trassenpreissystems; Ständerat heisst den Vorstoss oppositionslos gut	03.12.

Güterverkehr; Bundesrat kann mit EU über ATB verhandeln; Letztes Wort bleibt beim Parlament; Subventionen für Bahnverlad von 1,8 Mia. Franken für 2011-2018	03.12.
Güterverkehr; Eidg. Parlament befürwortet ATB; Verlagerungsziel hinausgeschoben; Nationalrat spricht Subventionen von 1,6 Mia. Franken für UKV und Rola	17.09.
Güterverkehr; Alpenquerender Verkehr; Strasse wächst im ersten Semester 2008 stärker als Bahn; Dämpfer für Verlagerungspolitik des Bundes; BAV-Bericht	03.09.
Güterverkehr; Kreuzungsverbot für Lastwagen im San-Bernardino-Strassentunnel ab 7. Juli 2008 wieder aufgehoben; Sanierungsarbeiten abgeschlossen	02.06.
Güterverkehr; Dringliche Debatte zu SBB Cargo im Nationalrat; SBB wollen ohne Vorbedingungen über Restrukturierung sprechen und Alternativen prüfen	19.03.
Güterverkehr; SBB Cargo; Rekorddefizit von rund 190 Mio. Franken im Jahr 2007; Sanierungspaket: Einsparungen von 70 Mio. Franken jährlich	07.03.
Güterverkehr; 2007 mehr Strassengüterverkehr durch die Alpen; Zunahme von zehn Prozent bei den Nettotonnen und sieben Prozent bei den Fahrten	22.02.
HGV-Anschluss; Bundesrat gibt total rund 47 Mio. Franken frei für Arbeiten in der Ostschweiz; Zwei Vereinbarungen mit den SBB unterzeichnet	27.08.
HGV-Anschluss; Absichtserklärung für Elektrifizierung und Ausbau der Strecke Zürich–München unterzeichnet	15.02.
Kantonsstrassen; Westumfahrung von Solothurn in Betrieb genommen	08.08.
Kombinierter Verkehr; Rola zwischen Freiburg i.B. und Novara wieder in Betrieb	28.04.
Kombinierter Verkehr; Rola zwischen Freiburg i.B. und Novara steht still; Defekte Radsätze an den Tragwagen als Grund	22.04.
Kombinierter Verkehr; Hupac steigert Transportmenge um fast 13 Prozent	24.01.
Nationalstrassen; 2007 wächst der Verkehr um drei Prozent gegenüber 2006; Überdurchschnittliche Zunahme; Staus nehmen trotzdem um 10 Prozent ab	04.07.
Nationalstrassen; Bundesrat gibt so genannten Netzbeschluss in die Vernehmlassung; 19 kantonale Hauptstrassen (rund 400 km) sollen Nationalstrassen werden	02.07.
Nationalstrassen; Gute Noten für Schweizer Strassentunnels; EuroTAP 2008: In elf europäischen Ländern 31 Tunnels, darunter fünf in der Schweiz, getestet	22.04.
Nationalstrassen; Schweizer Autobahnen sind die sichersten in Europa; Ranking des unabhängigen Europäischen Rats für Verkehrssicherheit (ETSC)	19.02.
Nationalstrassen; Der begrünte Mittelstreifen auf Autobahnen wird in den nächsten Jahren verschwinden; Fahrspurverbreiterungen zum Teil möglich	27.01.
Nationalstrassenbau; Bundesrat schickt Programm zur Engpassbeseitigung in die Vernehmlassung; 5,5 Mia. Franken aus dem Infrastrukturfonds zur Verfügung	19.12.
Nationalstrassenbau; Petition für den Ausbau der Autobahn Lausanne–Genf mit 14'250 Unterschriften eingereicht	26.08.
Nationalstrassenbau; Bund investiert 2008 rund 2,15 Mia. Franken in Autobahnen; 1,18 Mia. für Ausbau und Unterhalt; 965 Mio. für Neubauten	21.02.
Neat; Parlament stockt Gesamtkredit um 3,5 auf 19,1 Mia. Franken (Preisstand 1998) auf; Gemäss Preisstand 2007 sind dies 22,3 Mia. Franken	16.09.
Neat; Bahntechnik für den GBT kostet rund 1,7 Mia. Franken; Bereich zwischen Faido und Sedrun grösste Herausforderung der kommenden Jahre	29.04.

Neat; Endkostenprognose weiterhin bei rund 20 Mia. Franken; Rund 70 Prozent oder 107 von 153,5 Kilometer Tunnel ausgebrochen	07.04.
Öffentlicher Verkehr; Ende 2008 sind 183 von 190 als sehr gefährlich eingestufte Schweizer Bahnübergänge saniert oder aufgehoben	30.12.
Öffentlicher Verkehr; Organisation Umverkehr reicht in Winterthur die dritte von fünf Städte-Initiativen ein; Basel, St. Gallen und Romandie sollen folgen	05.12.
Öffentlicher Verkehr; Mitglieder der Organisation Umverkehr reichen in Zürich die erste von fünf Städte-Initiativen ein; Förderung des Fuss- und Veloverkehrs	08.10.
Öffentlicher Verkehr; Kanton Basel-Landschaft lehnt öV-Initiative mit 58 Prozent Nein-Stimmen ab; Nur zwei von 86 Gemeinden dafür	28.09.
Offroad-Initiative; Bundesrat lehnt Volksbegehren ab; Ziele hinsichtlich Schadstoffreduktion und Sicherheit werden ohnehin erreicht	19.12.
Offroad-Initiative; Tempo-100-Beschränkung für ineffiziente und/oder gefährliche sowie unnötige Personenwagen; Übergangsbestimmung gefordert	13.10.
Offroad-Initiative; Volksbegehren ist mit 123'670 gültigen Unterschriften formell zustande gekommen	11.09.
Offroad-Initiative; Volksbegehren mit rund 120'000 beglaubigten Unterschriften eingereicht; Strassenverkehrsverbände äussern Ablehnung	25.08.
Parteien;	
Personenverkehr;	
SBB AG; Der Bund will die Pensionskasse sanieren und dafür 662 Mio. Franken einsetzen; Vernehmlassung eröffnet	02.07.
SBB AG; Konzernchef Andreas Meyer braucht 20 Mia. Franken für die Zugzukunft; Gegen eine Teilprivatisierung; Für ein integriertes Unternehmen	20.05.
SBB AG; Kunden-Center der Güterverkehrstochter Cargo in Fribourg wird definitiv geschlossen; Aufbau eines Zentrums für Personaldienste	15.05.
SBB AG; Streik im Industriewerk Bellinzona vor dem Ende; Restrukturierungsmassnahmen zurückgezogen; Ergebnisoffene Verhandlungen	06.04.
SBB AG; Gut 80 Mio. Franken Gewinn im Jahr 2007; Über zwei Drittel weniger als im Jahr 2006; Pensionskasse dringlichstes politisches Anliegen	02.04.
StGB;	
Strassenbau; Langfristige Sicherung der Hartgesteinsversorgung; Bundesrat legt Grundsätze fest; Ergänzung des Sachplans Verkehr	12.12.
Strassenbau; Langfristige Sicherung der Hartgesteinsversorgung; Bund gibt entsprechende Ergänzung des Sachplans Verkehr in die Mitwirkung	18.03.
strasseschweiz; 63. ordentliche Mitgliederversammlung; Gegen neue Steuern und Abgaben, Bewährten Klimarappen fortsetzen; ZEB-Finanzierung aufzeigen	18.06.
SVG; Statistik der Verkehrsdelikte 2007; Schweizer häufiger alkoholisiert am Steuer; Ausländer häufiger zu schnell unterwegs	14.12.

SVG; Versuchswaises und bis Ende 2009 befristetes Lastwagenüberholverbot auf der A1 zwischen Yverdon und Lausanne	12.12.
SVG; Strassenopferstiftung „Roadcross“ will im nächsten Frühjahr eine Eidg. Volksinitiative für eine härtere Gangart mit Rasern lancieren	01.12.
SVG; Fähigkeitsausweis für Lastwagen- und Bus-Chauffeure auf separater Karte; Bundesrat ändert entsprechende Verordnung; Platzmangel auf Führerausweis	22.10.
SVG; Ausweisentzug auch im Inland nach Verkehrsdelikten im Ausland; Schlussabstimmung; Sowohl Nationalrat als auch Ständerat heissen Revision gut	20.03.
SVG; Ausweisentzug auch im Inland nach Verkehrsdelikten im Ausland; Nationalrat folgt dem Ständerat; Verschärfung für Wiederholungstäter	19.03.
SVG; Neueste Admas-Statistik; Leichte Abnahme der Führerausweisentzüge im Jahr 2007 gegenüber 2006; Hauptgründe: Tempo und Alkohol	19.03.
SVG; Ausweisentzug auch im Inland nach Verkehrsdelikten im Ausland; Ständerat und Nationalrat heissen entsprechende Revision gut	12.03.
SVG; Bundesrat erlässt neue Ausrüstungsvorschriften für Motorfahrzeuge	16.01.
SVG; Immer mehr Alkoholtests; Praktisch konstante Deliktsquote	08.01.
Swiss-Moto; Fast 63'000 Besucherinnen und Besucher im Jahr 2008; Neuer Rekord	24.02.
Tourismus; Busverbindungen zwischen Flughäfen und Tourismusgebieten werden erleichtert; Bundesrat revidiert entsprechende Verordnung	02.07.
Verkehrsentwicklung;	
Verkehrshaus; Schlussabstimmung; Sowohl Nationalrat als auch Ständerat stimmen dem Bundesgesetz über die Ausrichtung von Finanzhilfen zu	20.03.
Verkehrshaus; Finanzhilfen des Bundes von 5,32 Mio. Franken für die Jahre 2008-2011; Nationalrat und Ständerat heissen Rahmenkredit und Gesetzesgrundlage gut	11.03.
Verkehrssicherheit; Bundesrat schickt Handlungsprogramm „Via sicura“ in die Vernehmlassung; 60 Massnahmen für mehr Sicherheit auf der Strasse	05.11.
Verkehrssicherheit; Zahl der auf Schweizer Strassen getöteten und schwerverletzten Personen ging im ersten Semester 2008 gegenüber Vorjahresperiode zurück	19.08.
Verkehrssicherheit; 2007 sind laut BFS bei Strassenverkehrsunfällen 384 Personen getötet und 5'235 schwer verletzt worden; Plus von vier- bzw. gut drei Prozent	08.07.
Verkehrssicherheit; 2007 sind laut bfu 384 Personen auf Schweizer Strassen gestorben und 5'235 schwer verletzt worden; Leichte Zunahme gegenüber 2006	19.02.
Verkehrssicherheit; 2007 sind laut TCS 400 Personen auf Schweizer Strassen tödlich verunglückt; Steigerung von acht Prozent gegenüber 2006	31.01.
Verkehrssicherheit; Fussgängerstudie des TCS; Schweiz schneidet eher schlecht ab	29.01.
Verkehrssicherheit; Strassenverkehrsunfälle kosten die Volkswirtschaft pro Jahr 6,5 Mia. Franken; Neue bfu-Studie veröffentlicht	22.01.

Energie	(Datum)
Energetikette; Uvek verschärft Energieeffizienz-Kategorien per 1. Juli 2008	14.02.
EnergieSchweiz; Siebter Jahresbericht; Gebremste Wirkung im Jahr 2007	13.10.
Sparmassnahmen; auto-schweiz lanciert neue Informationskampagne; Sensibilisierung für ein energieeffizientes und umweltschonendes Autofahren	01.02.
Treibstoffe; Mindestanforderungen für Biotreibstoffe; UVEK-Verordnung in die Anhörung geschickt	20.06.
Verbrauch; Gesamtenergieverbrauch ist 2007 gegenüber 2006 um 2,6 Prozent zurückgegangen; Gesamtabsatz von Treibstoffen nimmt um fast drei Prozent zu	26.06.
Verbrauch; Neuwagen haben 2007 gegenüber 2006 rund 2,5 Prozent weniger Treibstoff verbraucht; Durchschnittlich 7,43 l/100 km; Zwischenziel verfehlt	15.05.
Verbrauch; Erstmals Analyse des schweizerischen Energieverbrauchs 2000-2006 nach; Verwendungszwecken; 2006 für Mobilität im Inland 28 Prozent benötigt	06.05.
Verbrauch; Nachfrage nach Benzin um ein Prozent zurückgegangen; Absatz von Dieselöl um gut sieben Prozent gestiegen; Gesamtabsatz: 6,76 Mio. Tonnen	25.02.

Umwelt	(Datum)
Abgasvorschriften; Bundesverwaltungsgericht bestätigt Euro-3-Norm für Motorräder und Scooter mit 50 cm ³ ; Beschwerde von motosuisse abgewiesen	16.10.
Emissionen; EU-Klimaschutz-Paket unter Dach und Fach; Europäisches Parlament billigt sechs Gesetzgebungsvorlagen; BFE präzisiert Vorgehen für Neuwagen	17.12.
Emissionen; Bundesrat schickt Revision des CO ₂ -Gesetzes in die Vernehmlassung; Zwei Varianten für künftige Klimapolitik skizziert	05.12.
Emissionen; Schweiz wird Ziele des Kyoto-Protokolls und des CO ₂ -Gesetzes für die Periode von 2008 bis 2012 laut BAFU erreichen können	24.10.
Emissionen; Neue ASTAG-Studie; Schwere Nutzfahrzeuge erzielen seit 1980 Erfolge im Umweltbereich	11.08.
Emissionen; G8-Staaten wollen Treibhausgase bis 2050 um die Hälfte senken	08.07.
Emissionen; Über sieben Tonnen CO ₂ -Äquivalent pro Kopf und Jahr; Anpassungs- kosten von jährlich 60 Mio. Franken oder 0,5 Rp. pro Liter Treibstoff	02.07.
Emissionen; Zunahme der CO ₂ -Emissionen aus Treibstoffen zwischen 2006 und 2007 um fast zwei Prozent; Ziel des CO ₂ -Gesetzes weit verfehlt	26.06.
Emissionen; Schweizerische Treibhausgasemissionen 2006 um 0,6 Mio. Tonnen tiefer als 2005; Noch immer 0,4 Mio. Tonnen höher als 1990	15.04.
Emissionen; Vorläufig keine CO ₂ -Abgabe auf Treibstoffen; Bundesrat beschliesst zudem künftige Schweizer Klima- und Energiepolitik	21.02.
Immissionen; Leicht verbesserte Luftqualität im Jahr 2007; Günstige Witterungs- bedingungen dafür verantwortlich	07.04.
Immissionen; Kein Recht auf saubere Luft; Bundesverwaltungsgericht entscheidet gegen sechs von Greenpeace unterstützte Privatkläger	11.02.
Infrastruktur; Eidgenössische Volksinitiative „gegen masslosen Bau umwelt- und landschaftsbelastender Anlagen“; Bundesrat verabschiedet Botschaft	29.10.
Infrastruktur; Eidgenössische Volksinitiative „gegen masslosen Bau umwelt- und landschaftsbelastender Anlagen“ zustande gekommen	12.02.
Klima-Initiative; Eidg. Volksinitiative „für ein gesundes Klima“ ist mit rund 115'700 gültigen Unterschriften formell zustande gekommen	04.04.
Klima-Initiative; Das eidgenössische Volksbegehren ist mit gut 117'000 beglaubigten Unterschriften eingereicht worden; CO ₂ -Abgabe auf Treibstoffen verlangt	29.02.
Klimarappen;	
Klimaveränderung; Uno eröffnet 14. Klimakonferenz in Posen (PL); Konkretisierung der Eckpunkte für Kyoto-Nachfolgeabkommen	01.12.
Klimaveränderung; Gespräche in Bangkok zu Ende gegangen; Flexible Mechanismen sollen ins Nachfolgeabkommen übernommen werden	04.04.
Klimaveränderung; Weltweite Klimapolitik nach 2012; Aufnahme der Detail- verhandlungen in Bangkok	31.03.
Nachhaltigkeit; Bundesrat aktualisiert seine Strategie Nachhaltige Entwicklung; dritter Bericht nach 1997 und 2002; Aktionsplan mit 30 Massnahmen	16.04.

Tempobeschränkungen; Kanton Tessin hebt Tempo-80-Limite auf Autobahnabschnitten im Sottoceneri wieder auf	02.03.
Tempobeschränkungen; Kanton Tessin erlässt Tempo 80 auf Autobahn A2 im Sottoceneri; Massnahme gegen zu hohe Feinstaubbelastung	25.02.
Umweltetikette; Gemäss BAFU und BFE laufen die Arbeiten planmässig; Anhörung zu entsprechender Verordnung im ersten Semester 2009 geplant	28.10.
Umweltetikette; Testphase der Kriterien für energieeffiziente und emissionsarme Fahrzeuge (KeeF) beendet; Energieetikette soll mit KeeF zur Umweltetikette werden	25.01.
Verbandsbeschwerderecht; Eidg. Volksinitiative zur weiteren Einschränkung des VBR mit fast zwei Drittel Nein-Stimmen deutlich abgelehnt	30.11.
Verbandsbeschwerderecht; Bundesrat verabschiedet Verordnungsänderungen; Mehr Kontrolle im VBR; erleichterte UVP	19.09.
Verbandsbeschwerderecht; strasseschweiz empfiehlt Eidg. Volksinitiative zur Annahme; Rechts- statt Richterstaat	12.09.
Verbandsbeschwerderecht; Eidg. Volksinitiative wird sowohl vom Nationalrat als auch vom Ständerat zur Ablehnung empfohlen	20.03.
Verbandsbeschwerderecht; Der Ständerat lehnt mit 24 zu 13 Stimmen eine Standesinitiative des Kantons Zürich zur Abschaffung des VBR ab	19.03.
Verbandsbeschwerderecht; Knappes Nein des Nationalrats zur Einschränkung des VBR; Eidg. Volksinitiative mit 88 zu 84 Stimmen abgelehnt	13.03.

Finanzen	(Datum)
Autobahnvignette; Bundesrat verabschiedet Botschaft zu neuem Nationalstrassenabgabegesetz (NSAG); Klebevignette kostet unverändert Fr. 40.– pro Jahr	31.01.
Bahn 2000;	
Bundesfinanzen; Gesamteinnahmen des Bundes aus Strassen- und Autosteuern im Jahr 2007: fast neun Mia. Franken; Rund 300 Mio. Franken mehr als 2006	30.04.
Bundesfinanzen; Aufgabenüberprüfung; Bundesrat legt Stossrichtung fest; Gesamtzielvorgabe von 5,3 Mia. Franken bis 2015 bzw. 2020	09.04.
Bundesfinanzen; Ausgezeichneter Rechnungsabschluss 2007; Statt budgetiertem Überschuss von 0,9 Mia. Franken Saldo von 4,1 Mia. Franken	12.02.
Eisenbahnrechnung; Definitive Resultate für das Jahr 2006; Deckungsgrad bei gut 104 bzw. 74 Prozent (ohne Beiträge); Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von 43 Prozent	30.04.
FinöV;	
Gebühren; Mehrwertsteuer auf Tunnelgebühr am Grosse St. Bernhard wird nicht erhoben; Als Zweitrat genehmigt Ständerat entsprechenden Bundesbeschluss	05.03.
Infrastrukturfonds; Alle 16 dringlichen öV-Projekte in Betrieb oder Bau; Investitionsvolumen von total über 5,5 Mia. Franken; Bund übernimmt 2,1 Mia. Franken	29.12.
Infrastrukturkosten; Über 5 Mia. Franken Darlehen des Bundes an die BLS werden in Aktienkapital umgewandelt; Infrastruktur geht in neue BLS Netz AG über	26.02.
Lenkungsabgaben;	
LSVA; Astag-Begehren mit 97 zu 79 Stimmen im Nationalrat gescheitert; Neue Lastwagen bleiben nicht mindestens zehn Jahr in der billigsten Kategorie	02.10.
LSVA; Astag reicht Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht ein; Neues internationales Gutachten; Bund hat demnach willkürliche Massstäbe angesetzt	29.08.
LSVA; Schwerverkehr deckt bereits seit 2005 alle seine Kosten zu über 100 Prozent; Wissenschaftliche Studie der ProgTrans AG im Auftrag der ASTAG	05.05.
LSVA; Oberzolldirektion wird wegen jüngster Erhöhung mit Einsprachen eingedeckt; Astag erachtet Erhöhung als rechtswidrig; Drei Pilotprozesse	08.04.
LSVA; Schuldner werden künftig härter angepackt; Bundesrat setzt entsprechende Verordnungsänderungen auf den 1. April 2008 in Kraft	07.03.
Mineralölsteuer; Bund erhebt ab 1. Juli 2008 zusätzlich 1,35 Rp. pro Liter Benzin; Kompensation für Steuerbefreiung umweltschonender Treibstoffe	18.06.
Mineralölsteuer; Umweltschonende Treibstoffe sollen ab 1. Juli 2008 begünstigt werden; Bundesrat verabschiedet entsprechende Verordnungen	31.01.
Motorfahrzeugsteuer; Kanton Obwalten befreit emissionsarme Auto während drei Jahren von der Steuer und belastet gleichzeitig stark motorisierte Fahrzeuge	03.12.

Motorfahrzeugsteuer; Kanton Basel-Landschaft kürzt Rabatt für Öko-Autos von hundert auf 50 Prozent; Bonus zudem nur noch für sauberste Fahrzeuge	27.11.
Motorfahrzeugsteuer; Kanton Nidwalden begünstigt umweltfreundliche Autos	17.09.
Motorfahrzeugsteuer; Kanton Graubünden begünstigt abgasarme Fahrzeuge; Rabatte von 60 bis 80 Prozent für Autos mit geringem CO ₂ -Ausstoss	11.06.
Motorfahrzeugsteuer; Ökobonus bei verbrauchsarmen Neuwagen im Trend; In den Kantonen Tessin, Genf, Waadt, Graubünden und Basel-Stadt	23.01.
Parkplatzbewirtschaftung;	
Road Pricing; Nationalrat kippt mit 109 zu 68 Stimmen Road-Pricing-Versuche aus der Legislaturplanung des Bundesrats; Dem Ständerat gefolgt	03.06.
Road Pricing; IG Innenstadtverkehr macht gegen Modellversuche mobil	29.04.
Road Pricing; Ständerat spricht sich gegen Versuche in Städten und Agglomerationen aus; Ziel aus der Legislaturplanung 2007-2011 des Bundesrats gestrichen	28.04.
Strassenrechnung; Definitive Resultate für das Jahr 2006; Deckungsgrad liegt bei 118 Prozent; Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von 115 Prozent	
	20.11.
Strassenrechnung; Provisorische Resultate für das Jahr 2006; Deckungsgrad liegt bei 118 Prozent; Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von 115 Prozent	30.04.
ZEB; Nationalrat bewilligt Kredit von 5,4 Mia. Franken für künftigen Bahnausbau	17.12.
ZEB; Nationalrat folgt weitestgehend dem Ständerat; Keine Kürzung beim Lärmschutz von gut 1,85 auf 1,33 Mia. Franken	15.12.
ZEB; Ständerat heisst für Bahnausbauten fast 5,5 Mia. Franken gut; Neue Geldquellen für weitere grössere Projekte im Umfang von rund 12 Mia. Franken gesucht	05.06.
ZEB; Ständerat tritt einstimmig auf Vorlage ein; Ersten Etappe mit total fast 5,5 Mia. Franken veranschlagt; Erhöhung des FinöV-Gesamtkredits um 1 Mia. Franken	03.06.
Zweckbindung; Der Nationalrat räumt letzte Differenz beim neuen Verfassungsartikel für eine Spezialfinanzierung Luftverkehr aus; Volk stimmt darüber ab	29.09.
Zweckbindung; VCS lanciert Volksinitiative „Für mehr öffentlichen Verkehr“; Neuer Verteilschlüssel für zweckgebundene Mineralölsteuermittel angestrebt	21.06.
Zweckbindung; Der Ständerat heisst den neuen Verfassungsartikel für eine Spezialfinanzierung Luftverkehr grundsätzlich gut; Differenz im Detail	26.05.
Zweckbindung; Der Nationalrat genehmigt mit 110 zu 61 Stimmen den neuen Verfassungsartikel für eine Spezialfinanzierung Luftverkehr	19.03.